

Volkswacht

für Schlessen

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 8 und Neue Fürststraße 11, durch die Zweigstellen, Fingerringstraße 11, Marktstraße 140, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2
Verlagsdruckerei: Geschäftsstelle Ring 1208, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Adresse: Postfach-Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 70 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 6 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Großer Wahlsieg in Mecklenburg.

Die SPD. verdoppelt ihre Stimmen.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg, soweit bis jetzt vorliegt, bedeutet einen machtvollen Sieg der Sozialdemokratie, die ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Wahl im Februar 1924 nahezu verdoppelt hat. Schwere Verluste haben die drei Regierungsparteien — Völkische, Deutschnationale und Volkspartei — erlitten, denen von der Wählerschaft die richtige Antwort auf ihre junkerliche Mißwirtschaft erteilt wurde.

In runden Zahlen haben die einzelnen Parteien erhalten: Sozialdemokraten 100 000, Deutsche Volkspartei 19 800, Wirtschaftspartei 15 400, Demokraten 7300, Mieterpartei 6800, Nationalsozialisten 4200. Als gewählt gelten können danach: 7 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, 9 Deutschnationale, 1 Völkische, 4 Volksparteiler, 1 Demokrat, 1 Mieterpartei, 3 Wirtschaftsparteiler, 1 Nationalsozialist.

Aus den Städten liegen bisher folgende Ergebnisse vor: Rostock: Soz. 13 388 (Februar 1924 9010), Komm. 2836 (6343), Nat. 5848 (10 350), Wp. 2734 (5266), Völk. 2087 (7364), Wirtschaftsp. 3704 (1159), Dem. 986 (1884), Natsoz. 269, Mieterp. 1964. Schwerin: Soz. 8110 (4716), Komm. 721 (1610), Dnat. 440 (5799), Völk. 1133 (4540), Wirtschaftsp. 1752 (190), Dem. 1249 (1725), Natsoz. 437, Mieterpartei 1069. Wismar: Soz. 4920 (2671), Komm. 174 (2501), Dnat. 554 (1364), Wp. 870 (1053), Völk. 1548 (4837), Wirtschaftsp. 731 (73), Dem. 368 (409), Natsoz. 186, Mieterpartei 704.

Frankfurt und die „Rheinische Volkswacht“ in Köln hatten bereits teils redaktionell, teils im Abdruck von Einwendungen aus Zentrumskreisen die Zustimmung zum Volksentscheid empfohlen. Die Bischöfe zeigen sich wahrlich recht wenig vertraut mit der Volksnot, wenn sie annehmen, die von uns beantragte Enteignung der habgierigen und arbeitsscheuen Fürsten würde „ohne Not“ erfolgen. Wissen sie wirklich nichts von dem Elend der Wohnungslosen, der Erwerbslosen, der Kriegsoffer, der Sozialrentner, denen die enteigneten Milliarden nach dem Gesetzentwurf des Volksentscheids zugute kommen sollen? Wissen sie nichts von den Bestrebungen fürstlicher Kreise zur Unterstützung der Umsturzpläne, die die nach katholischem Sittengesetz doch gültige heutige Staatsautorität umstürzen wollen?

Für den Katholiken, der den Tatbestand der sozialen Not und der politischen Auswirkung der Fürstenansprüche kennt, leugnen auch die Bischöfe das Recht der Zustimmung zum Volksentscheid nicht. Millionen von Katholiken werden vor diesem Tatbestand nicht wie die kirchlichen Oberhirten die Augen schließen und von ihrem staatsbürgerlichen und religiösen Recht Gebrauch machen, für den Volksentscheid zu stimmen.

Niemand wird es anders erwarten, als daß Herr von Hindenburg ein Gegner der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten ist.

Die geplante Veröffentlichung des Briefes kann aber nur gegen seinen Willen erfolgen. Denn in den Eingangszeilen lehnt es der Reichspräsident, wie gesagt, in der bestimmtesten Form ab, sich zum Volksentscheid öffentlich zu äußern.

Personalpolitik.

Die Reichsregierung, die ihr Dasein dem Umstand verdankt, daß die Sozialdemokratie ihr nach dem Ersatz von Luther durch Marx eine Bewährungsfrist bewilligte, benutzte diese Frist recht merkwürdig. Sie behält die deutschnationalen Mitarbeiter Luthers in den leitenden politischen Beamtenstellen bei und sie läßt sich von diesen Leuten inzwischen eine Personalentscheidung nach der anderen einreden, die den Kurs in den leitenden Reichsämtern und wichtigsten politischen Außenposten immer weiter nach rechts drehen muß.

In der inneren Politik haben Luthers Staatssekretäre Kempner und Reichspresseschef Riep nacheinander folgende Gefinnungsgenossen in leitenden Posten erhalten: Nachfolger des Oberreichsanwalts Ebermayer wird der ausgesprochene rechtsstehende Ministerialrat Werner. Staatssekretär für die besetzten Gebiete wird der volksparteiliche Kommisar Schmid, der unmittelbar vorher wegen parteipolitischer Entgleisungen ein scharfes Mißtrauensvotum unserer rheinischen Parteigenossen erhalten hatte. Leiter des Landesfinanzamts der Provinz Sachsen mit seinem großen Beamtenstab wird der frühere deutschnationale Reichsfinanzminister v. Schlieben.

In der Diplomatie kommen an Stelle von Männern mit parlamentarisch-demokratischer Vergangenheit, wie des verstorbenen Wiener Gesandten und linksstehenden Zentrumsmanns Dr. Pfeiffer und des überalterten Botschafters in Tokio Dr. Solz subalterne Diplomaten alter Schule. Zum Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts wird an Stelle des mit einem Schweizer Auslandsposten bedachten rechtsstehenden Ministerialdirektors Heilbronn der bisherige Gesandte in Bukarest, Freitag, nach Berlin berufen. An dessen Stelle aber tritt der Schwiigersohn von Tirpitz, ein Herr v. Hassel, von dem sonst bisher nichts über seine Befähigung zu einem solchen Amt bekannt war.

Der glänzende Erfolg unserer mecklenburgischen Gesonnen bedeutet einen schönen Auftakt zum Volksentscheid des 20. Juni. Er zeigt, wie rasch sich die Bürgerblockregime abwirtschaften, wo sie sich einmal in der Praxis gezeigt haben. Eine Hochburg ostelbischer Junkertums ist gestern dem tapferen Ansturm der mecklenburgischen Hand- und Kopfarbeiter erlegen, unter denen nicht zuletzt die Landarbeiter sich auszeichnen, die sich auch von völkischen Stoßtrupps nicht einschüchtern lassen.

Die Volksbewegung für Volksentscheid.

Köln, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht). Mit einer Riesenumgebung im Kölner Reichshallentheater eröffnete die Kölner Sozialdemokratie am Sonntag morgen die Schacht um den Volksentscheid. Die Verlammlung, der bemerkenswert viele Mittelständler und Zentrumsarbeiter beiwohnten, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe zur Fürstenabfindung, der im katholischen Rheinland bei vielen gläubigen Katholiken Widerspruch und Empörung ausgelöst hat, weil er in einseitiger Weise für die Fürsten und gegen das Volk eintritt.

Als Redner war Reichstagsabgeordneter Saenger-München gewonnen worden, der in sehr wirkungsvoller Weise über das Thema „Kaiser, Kirche, Volksentscheid“ sprach, und lohnenden Beifall erntete.

Braunschweig, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht). Am Sonnabend abend marschieren über 3000 Reichsbannerkameraden nach einer Reiseveranstaltung mit drei starken Musikkapellen, 20 schwarz-rot-goldenen Fahnen und etwa 50, zum Teil über 5 Meter langen Transparenten durch die Stadt Braunschweig. Die Transparenten tragen die Aufschriften: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ „Stimm am 20. Juni mit Ja! Verhindert den Fürstenauf!“ usw. Ganze Bürden von Inflationsgeld wurden auf blauen Tafeln von je vier Mann getragen, von denen Plakate herabschlefen mit den Aufschriften: „Uns gab man diese Lappen! Wollt ihr noch mehr herappen?“ Dem Zuge, der sich in musterwürdiger Ordnung unter dem Geleit der Schupo durch die Stadt bewegte, folgten viele tausend Zuschauer.

Hindenburg soll in den Kampf um den Volksentscheid hineingezogen werden.

Der „Vorwärts“ teilt in seiner Sonntagausgabe mit, daß der Präsident des Reichsbürgerrats und ehemalige königliche Staatsminister a. D. von Loebell einen großen Schlag gegen den Volksentscheid plant. Am 11. Juni soll im „Deutschen Spiegel“ ein Briefwechsel erscheinen, den von Loebell mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg über den Volksentscheid geführt hat. Es ist gleichzeitig geplant, diesen Briefwechsel als doppelseitiges Flugblatt in großen Massen zu verbreiten.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Der Streich, der schon in allen Einzelheiten vorbereitet ist, richtet sich gegen den Reichspräsidenten, der entgegen seinem eigenen Wunsch in den Kampf um die Fürstenenteignung hineingezogen werden soll.“

Am 19. Mai richtete Herr v. Loebell an den Reichspräsidenten einen Brief, in dem er ihm nahelegte, in einer Kundgebung an das deutsche Volk zur Frage des Volksentscheides Stellung zu nehmen.

Am 22. Mai antwortete Herr v. Hindenburg, indem er erklärte, aus staatsrechtlichen sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen der Antrag des Briefschreibers nicht entsprechen zu können. Herr von Hindenburg war aber arglos genug, diesem entscheidenden Teil seines Briefes längere persönliche Ausführungen hinzuzufügen.

Kann man angesichts dieser dauernden Konzession an die Deutschnationalen sich noch wundern, wenn nach Hergts kürzlicher Anbiederung in Liegnitz gestern auch Graf Westarp in einer Rede sich bereits lebhaft mit der mittelparteilichen Reichsregierung anfreundete und offenbar deutschnationale Reichsminister als selbstverständliche Lösung einer solchen Personalpolitik erwartete? Die mittelparteiliche Presse begründet die Ernennung v. Schliebens damit, daß ein Deutschnationaler am besten die deutschnationale Obstruktion gegen die Finanzverwaltung beschwichtigen könne. Nach diesem Rezept kriegt also die meisten Posten, wer am meisten Obstruktion macht. Will uns etwa die „Schlesische Volkszeitung“, die sich so einstellt, das als Lehre gegeben haben?

Schaumburg will nicht zu Preußen.

Bielefeld, 7. Juni. (Eigener Funkenbericht). Beim Volksentscheid in Schaumburg-Lippe über den Anschluß an Preußen wurden rund 9500 Stimmen für den Anschluß und 9900 Stimmen dagegen abgegeben. Das Ergebnis aus 16 Ortsteilen steht noch aus; doch wird an dem Gesamtergebnis sich dadurch kaum etwas ändern. Die Wahlbeteiligung betrug 75 Prozent.

Damit ist der Anschluß an Preußen dank der Gegenagitation vor allem der Welfen, abgelehnt. Eine andere Frage ist, wie das Land mit seinen 40 000 Einwohnern seiner Finanzschwäche Herr werden will, wenn es sich auch weiterhin den Luxus einer eigenen Regierung gestattet.

Die Gegnerschaft gegen den Anschluß Schaumburgs an Preußen beruhte nur zum Teil auf der Illusion, daß sich dieses Invergründeten selber weiter regieren könne. Zum anderen Teil haben die welfischen Vorstellungen miteingewirkt, daß ein wachsendes Preußen eine Neugliederung des Reiches nach niederrheinischen, schwäbischen, bayrischen und anderen Stammesgruppen aufhalten müsse. Der Neugliederungsgedanke ist nicht ohne bemerkenswerte Entwicklungsmöglichkeiten, aber es ist unaussprechbar, so lange ein Teil Deutschlands noch keine Regelung hat und er würde durch eine zweifelhafte Entscheidung Schaumburgs auch nicht um seine Zukunft gebracht sein. Unausgesprochene Rückwärtlungen wird die geistige Entscheidung auf für Schaumburg selbst haben, das nun finanziell nicht mehr fertig werden dürfte.

Katholiken und Volksentscheid.

Die deutschen Bischöfe wenden sich in der Frage des Volksentscheids um die Fürstenernteignung mit einer öffentlichen Erklärung an die deutschen Katholiken, in der es unter anderem heißt: „Die Grundzüge des Eigentumsrechts, die in der kirchlichen Einordnung begründet und durch göttliche Gewalt geschützt sind, müssen auch in der Zeit tiefergehender Verwirrung und Aufregung unverändert in Geltung bleiben. Die Kirche als gottbestellte Väterin der sittlichen Ordnung hat zu allen Zeiten diesen Grundzug verkündet. Die Bischöfe erheben deshalb ihre Stimme dagegen, einem Fürstenhaus jene Rechte abzusprechen, die jedem Menschen, jedem Staatsbürger und jeder Familie zustehen, jene Rechte, die durch das Sittengesetz geschützt sind und die durch die Verfassung Anerkennung gefunden haben. Rechtswidrige Verewaltigung würde erfolgen, wenn eine unzulässige und ungerechte Enteignung durchgeführt würde. Es ist also unzulässig, eine Enteignung zu betreiben, die ohne Not und zwingende Gründe erfolgt. Die Oberhirten erklären deshalb während und mahnen mit aller Offenheit, daß die Verewaltigung der Rechte der Fürstenhäuser ebenso wie die Verewaltigung der Rechte anderer unvereinbar ist mit den Grundzügen des christlichen Sittengesetzes.“

Der Fürstbischof von Breslau veröffentlicht erst am gestrigen Sonntag diesen in der Presse der Bayerischen Volkspartei schon vor mehreren Tagen bekannt gegebenen Aufruf der Bischöfe. Das fürstbischöfliche Ordinariat gibt dazu politisch bemerkenswerte Ausführungsbestimmungen an die Geistlichkeit. Sie wird darin aufgefordert, die Gläubigen von der Zustimmung für die enteignungswidrige Enteignung abzuhalten, sich aber dabei jeder Bewertung politischer Art zu enthalten. Weiter heißt es in der fürstbischöflichen Veröffentlichung: „Es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß nach Erledigung des Volksentscheides (!) die gesetzgebenden Faktoren bei erneuter Prüfung der Angelegenheit zu einer Entscheidung gelangen, die ebenso mit den kirchlichen Forderungen der Gerechtigkeit wie mit der Forderung des Volkes und den Anforderungen des Volkswohles vereinbar ist.“

Die Zentrumspresse erläßt gleichzeitig eine Aufforderung zur Entgegennahme in die Stimmlisten, wobei sie feststellt, ob ihre Anhänger sich der Stimme enthalten wollen oder mit Nein stimmen, jedoch also jedenfalls die terroristische Parole der Rechtsparteien auf unbedingte Stimmenthaltung vom Zentrum wenigstens nicht empfohlen wird.

Die „Erklärung“ der Bischöfe ist zwar keine kirchentlich bindende Verpflichtung der gläubigen Katholiken, will aber zweifellos doch mit der Autorität des Kirchenamtes wirken. Diese Stellungnahme der Bischöfe für die Fürsten wird der Kirche mehr schaden als dem Volksentscheid. Auch angegebene treu katholische Zentrumsblätter, wie zum Beispiel die „Rhein-Mainische Volkszeitung“ in

Die Lehren von Slagerragt

wollen die nationalpolitischen Kreise in einer lächerlichen Aufrecht-
erhaltung der Flottenbegeisterung leben. Admiral Scheer,
der Mann, der die Welt nach den Autoritäten des Reichsmarine-
amts wiedererschaffen hat, hat sich gegen die Flottenbegeisterung im Jahre 1917
bekannt, nicht daher selber jetzt durch die Bande, um die als
Sieger der Seeschlacht beweihräuchert zu lassen.

Dieser feigen Propaganda laßt es Ausführungen gegen-
überstellen, die ein Fachmann in der kaiserlichen Manu-
fakturer Zeitung als die wirkliche Slagerragtheorie
bezeichnet. Er schreibt:

Die Erinnerung an diesen Kampf, der sicherlich eine un-
gewöhnliche militärische Leistung der deutschen Marine dar-
stellt, ist dennoch über die Trauer um die Gefallenen dieses
Tages hinaus, keine erfreuliche. Slagerragt hat tatsächlich das
Ende der deutschen Flotte bedeutet. Selbst wenn man
die vor nicht sehr langer Zeit von dem Admiral Scheer ab-
gegebenen Erklärungen zur Kenntnis nimmt, daß die Hochseeflotte
auch späterhin noch den Versuch eines Ausfalls gemacht und
daß sich die englische Flotte nicht zum Kampfe gestellt habe,
so wäre es doch ganz falsch, dies als eine Einschüchterung der
englischen Marineleitung zu betrachten. England hatte eine
solche Aktivität nicht nötig, aber die erzwungene Passivität der
deutschen Flotte führte zusammen mit der langen Dauer des
Krieges zu der allmählichen Untergrabung der inneren Gesundheit
und Lebensfähigkeit der deutschen maritimen Wehrmacht.

Die in Washington beschlossene Beschränkung des
Baues von Großkampfschiffen, ein kostspieligstes See-
kriegsmittel, ist, neben dem Zwang politischer und finanzieller
Bemerkungen, nicht zuletzt den Erfahrungen von Slagerragt zu
verdanken. Es wäre falsch zu sagen, das Großkampfschiff habe sich
überlebt. Aber Slagerragt hat bewiesen, die Einziehung der
schwer armierten Seefregatten allein zur eigentlichen strategischen
Entscheidung des Seekrieges nur schwer führen kann, daß sie be-
nahe in eine Art von maritimem Stellungskrieg ausartet, bei
der die Niederlage in der hier letzten Endes sinnlosen
Weise des Schachspiels nach der Höhe der Verluste auf beiden
Seiten taxiert wird. Es ist ja wohl kaum als Ausfluß passivistischer
Gesinnung zu werten, wenn sich die vier größten Seemächte der
Gegenwart: England, Amerika, Japan und Frankreich, entschlossen
haben, einige ihrer neuesten und wertvollsten Großkampfschiffe
bzw. Schlachtschiffe, Schiffe von höchster Kampfkraft und Ge-
schwindigkeit, die zum Teil fertiggestellt waren, zum Teil noch
auf Stapel lagern, zu Flugzeugmutter- und U-Booten umzu-
bauen. Und die neuesten Typen des Kriegeschiffbaus, die
10000-Tonnen-Kreuzer mit 15, oder 20-Zentimeter-Geschüt-
zungen und 33 bis 35 Seemeilen Geschwindigkeit, dürften auch
nicht dazu bestimmt sein, als Friedensstauden zu dienen. Für diesen
neuen Kriegsschiffstyp steht das Washingtoner Abkommen be-
sonnig die Einschränkung vor, ebensomäßig für U-Boote
Kreuzer und Monitore von 3000 Tonnen mit 38-Zentimeter-
Geschützen. Die Notwendigkeit, die Seekriegswaffe ungleich
beweglicher zu gestalten, als sie bislang war, dirigierte die
neue Ära des Kriegsschiffbaus. Diese Notwendigkeit aber ist
eine Lehre der Slagerragt-Schlacht.

Diese Umwälzung hat bedeutende politische Konsequenzen.
Nach zu Anfang dieses Jahrhunderts ergab ein Vergleich der
Kriegsmarinen der verschiedenen Länder eine allmähliche Ab-
nahme der Kräfte. Dieser Zustand begann sich zu ändern, als
England, um einen größeren Abstand zu gewinnen, im Jahre 1906
das erste Großkampfschiff, den „Dreadnought“, baute und nur
die früheren Marinen diesem Schritt folgen konnten. Die seit
dem Slagerragt eingetretene Entwicklung hat schließlich dazu
geführt, daß durch das immer zahlreichere Bestehen der Schiffe (nicht
nur der „Dreadnoughts“, sondern viel neuerer Klassen der englischen
Marine sind längst außer Dienst gestellt) der Vorsprung der drei
größten Seemächte England, Amerika und Japan sich
unabsehbar vergrößert hat. In weitem Maße folgen Frank-
reich und Italien. Was dann noch übrig bleibt, kommt für
einen größeren Seefrieg überhaupt nicht mehr in Frage, aus-
genommen vielleicht die im Winteraufbau begriffene russische
Ozeanflotte, die man in dem (im finnischen Meerbusen auf-
genommenen) Schlußakt des Fikins „Panzerkreuzer Potemkin“ zu
betrachten Gelegenheit hatte.

Die deutsche Kriegsmarine gehört heute zu den ausgesprochenen
Doppelmarinen. Und gerade im Hinblick auf den letzten
Verlust-Sieg am Slagerragt muß man bedauern, daß unsere
Marineleitung an den kümmerlichen Restbeständen der alten
Hochseeflotte, deren Indienststellung im Versailler Vertrag zu-
gestanden worden ist, mit einer geradezu komisch anmutenden Har-
nacktheit klebt. Hier ist doch wahrhaftig jede Sentimentalität von
Schaden, zumal sie ein sehr kostspieliges Vergnügen darstellt.
Soeben wird gemeldet, daß nunmehr schon das dritte
Linien- und das ehemalige Geschwader „modernisiert“ wird.
Es handelt sich hier um Schiffe, die sämtlich über zwanzig Jahre
alt und ihrer ganzen Konstruktion nach so vollständig veraltet sind,
daß kein noch so gründlicher Umbau aus ihnen irgend etwas im
Kriege Brauchbares zu machen vermag. Zu den ersten dieser Eis-
brecherdienstlichen, die das Linienschiff „Hessen“ im vorigen Jahre
verrichtet hat, bedarf es keiner teuren Reparaturen. Selbst dem,
der sich von der Ansicht nicht lösen kann, daß für Deutschland eine
Hochseeflotte notwendig sei, müßte diese Baupolitik als eine
hinlänglich Beschränkung erscheinen, und er müßte bei klarer Ueber-
legung erkennen, daß, wenn überhaupt Millionen für diesen Zweck
ausgegeben werden sollen, der Erfolg veraltetester kleiner Kreuzer
durch schnelle Schiffe wie die neue „Emden“ bei einem möglichen

Seefrieg zwischen zwei fremden Mächten viel eher den etwa not-
wendig werdenden Schutz für unsere Handelsflotte bieten könnte.
Wir freilich sind der Ansicht, daß letzten Endes auch damit mehr
geschadet als genützt werden würde. Wir müssen uns entgültig
mit der Erkenntnis zufriedengeben, daß die deutsche Großkampfschiff-
flotte und ihr Feldentwurf am Slagerragt nur eine Episode
der deutschen Geschichte gewesen sind, daß Deutsch-
lands Zukunft nicht auf dem Wasser, sondern
anderswo liegt und daß man gut tut, das uns wirklich nicht
zu übermäßig zur Verfügung stehende Geld in Rente zu legen,
in denen es wirklich einen unmittelbaren Anreiz für den Wieder-
aufstieg Deutschlands bilden kann.

Der Mordplan gegen Scheidemann vor dem Gemeindefrat.

Aussagen Franz von Puttkamers.

Der Zeuge Franz von Puttkamer erklärt vor dem Gemein-
defrat des Reichstags, er habe Bauer, der ihm seinen Plan
zur Ermordung Scheidemanns mitteilte, nicht
widersprochen, um der Plan genau zu erfahren. Er habe
ihm aber weder zugehört, noch ihm Geld oder
Revolver gegeben. Der Vorsitzende fragt, ob Zeuge von
den Plänen der Behörde Anzeige gemacht habe. Der Zeuge
bejaht das, er habe sofort dem Reichskommissar
Künzler Mitteilung gemacht. Auf Frage des Ab-
geordneten Schäffer (Dnat.) erklärt Zeuge, nur an einer Feld-
besprechung der Nationalsozialisten teilgenommen zu haben. Bei
einer zweiten Uebung habe er mit seinem Bruder nur zugehört.
Sein Bruder habe ihm den Parolezettel übergeben, der
lautete: „Cuno“ und darauf die Antwort: „Mitsch,
Schweinsch!“ An Bauer habe er sich nicht herangemacht,
dieser habe ihn angebetelt und ihm erzählt, er sei deutsch-
nationales Mitglied und wolle Scheidemann ermorden. Davon
benachrichtigte der Zeuge den Abg. Bauer, und abends schrieb
er die Sache auf und schickte das Manuskript durch den Abg. Kimmert
nach Berlin.

Abg. Schäffer (Dnat.) fragt, warum Zeuge nicht die
Polizei benachrichtigt habe. Zeuge erklärt: Zur Münchener
Polizei habe er kein Vertrauen gehabt. Bauer sei ihm
Gefährliches seiner Absicht nur sechs bis acht Tage im Haft ge-
wesen; der Zeuge ist zu spät inszeniert wegen Begünstigung des
Mordplanes verurteilt worden. Abg. Schäffer fragt weiter,
ob Zeuge den Bauer nicht in seinem Attentatsplan bestärkt habe.

Zeuge: „Wissenschaftlich nicht.“ Auf weitere Fragen des Ab-
geordneten Schäffer in dieser Angelegenheit wird der Zeuge
immer erregter und ruft schließlich dem Abg. Schäffer zu:
„Sie wollen mit Ihren Fragen absichten und in Uebereinstimmung
mit den Mörder gegen unsere Führer schicken!“ Der Vorsitzende,
Abg. Dr. Scheiter (Str.) rügt diese Worte und bemerkt dem
Zeugen, er habe kein Recht, Ausschüttungsmittel anzuzeigen.
Abg. Schäffer protestiert gegen die Aussagen des Zeugen.
Zeuge v. Puttkamer: Ich habe nicht Sie persönlich ge-
meint, sondern die Partei!

Der Ausschuss beschloß, auf Verlangen Schäffers dem Zeugen
eine Klage zu erheben und von einer Verurteilung
nach dem abzuweichen, weil es sich um eine plötzliche Ent-
scheidung handelte. Der Vorsitzende erteilt dem Zeugen die
Klage und ersucht ihn, sich weiterhin zu äußern.

Abg. Schäffer (Dnat.) hält dem Zeugen weitere Aussagen
aus dem Münchener Polizeiprotokoll in Sachen Scheidemann vor.
Der Zeuge erklärt vieles in dem Protokoll als falsch dargestellt.
Größere Beiträge habe er Bauer nie gegeben. Er habe nicht
gewußt, daß Bauer ermordet werden sollte. Dieser
habe selbst die Uebung geübt, daß er keinen Strohhalm sterben
werde.

Auf Frage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) ob
er für seine Ermittlungstätigkeit von irgendeiner Stelle Geld
erhalten habe, erklärt der Zeuge, daß er lediglich für seine jour-
nalistische Tätigkeit von den Zeitungen bezahlt worden sei.
Kleinere Auslagen für Bauer habe ihm der Abg. Bauer wieder-
gegeben. Abg. Siedler (Dnat.) fragt, welches Interesse Bauer an
dem Verfall v. Puttkamers mit Bauer gehabt habe. Der Zeuge
erwidert: „Den Schutz meines Parteifreundes Scheidemann.“

Es kommt nunmehr der Fragenkomplex betreffend Be-
ziehungen des Zeugen zu Behörden. Auf die Frage des
Vorsitzenden, ob der Zeuge von Behörden Aufträge zur Ueber-
wachung der vaterländischen Verbände gehabt habe, antwortet der
Zeuge verneinend. Auf die Frage des Abg. Schäffer, ob er über
seine „Kundhaftigkeit“ mit Oberregierungsrat Mühl-
eisen gesprochen habe, erwiderte der Zeuge, das Wort „Kun-
dhaftigkeit“ lehne er ebenso ab wie das Wort
„Spion“. Er habe Mühlstein nur von seiner journalistischen
Tätigkeit erzählt. Dieser habe sich sehr dafür interessiert, ihm aber
keinerlei Aufträge gegeben. Abg. Schäffer erinnert den Zeugen
an seinen Eid. Die betreffenden Herren könnten eventuell ver-
nommen werden.

Abg. Landsberg (Soz.) protestiert dagegen, daß ein Aus-
schüttungsmittel die Rolle des Vorsitzenden übernehme.

Auf weitere Fragen des Abg. Schäffer bestätigt der Zeuge,
daß er eine Zeitsung in der Preussischen Pressestelle be-
schäftigt war, er habe dort mit niemand über Aufträge für
München verhandelt, wohl aber auch seinem Chef Gaslar von
seiner politischen Tätigkeit erzählt. Einmal habe er auch Minister

Genering Vortrag gehalten. Aufträge über Geldmittel habe
er von niemand erhalten.

Der nächste Zeuge ist der Kriminalbeamte Wenzel
aus München, der die Vernehmungen im Falle Bauer geleitet hat.
Er erklärt auf eine Frage des Abg. Landsberg (Soz.), ihm sei
bekannt, daß während der Kämpfe in Oberbayern bei dem Frei-
korps „Oberland“ die Bestimmung bestand, „Korollar der-
fallen der Geme“. Ferner gibt der Zeuge zu, daß auch in
den Kreisen der Beamten des Münchener Polizeipräsidiums die
Mutmaßungen bestanden haben, Polizeipräsident
Böhmer habe die Mordtatsache schämen wollen und
daher gewisse politische Mordfälle nicht an die dafür bestimmte
Abteilung zur Aufklärung gegeben. Staatsanwalt Stumpf
gibt als Zeuge seiner Vernehmung dahin Ausdruck, daß Bauer
ermordet worden sei, weil er mit Puttkamer in Verbindung
stand, den man im Blücherbund für verdächtig hielt. Bauer sei auf
Beschluss der Gruppe Berger-Zwengauer ermordet worden. — Da-
mit wurde die Zeugenvernehmung einstweilen abgebrochen.

Der Parteitag der sächsischen Spalter.

Dresden, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag
hatte die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion von
ihren Anhängern gewählte Delegierte aus dem Lande zu einem
konstituierenden Parteitag der „Alten Sozialdemokratischen Partei
Sachsens“ (ASD) nach Dresden zusammenberufen. Anwesend
waren 16 Delegierte, aus dem Bezirk Wauen 7, Zwickau 6,
Leipzig 11, Chemnitz 15 und Oßchatz 21. Außer dem waren
21 Landtagsabgeordnete zugegen. Den Vorsitz führten Bud-
feldt und Jander-Leipzig. In einer Begrüßungsansprache
schloß Bud den unternommenen Schritt zu begründen. Schweren
Herzens habe man sich entschlossen, für absehbare Zeit eigene Wege
zu gehen und die Landtagswahlen im Herbst mit einer eigenen
Liste vorzubereiten.

Bud hielt dann ein Referat, in dem er einen Ueberblick
gab über die innenpolitische und parteipolitische Entwicklung
Sachsens seit dem Zusammenbruch. Als nächste Aufgabe bezeich-
nete er die Bestellung eines Landessekretärs und den
Ausbau der Mittelungsklassenblätter zu einer Tages-
zeitung. Alles solle nur geschehen in dem Bewußtsein, daß
diese Zeit nur eine Episode bleiben wird.

In der anschließenden Aussprache wurde auf den Mittelbe-
rückung und die große Zahl der Indifferenten hingewiesen, die
es zurückzuerobern gelte, und unterstrichen, daß es sich nur um
eine Klärung in Sachsen, nicht um eine Trennung der
Gesamtpartei handle. Man denke nicht daran, die Gesamtpartei
zu trennen; deren Grundzüge blieben auch die der neuen Partei,
das Heideberger Programm sei die Richtschnur des Handelns.
Ueber die gedruckt vorliegenden Statuten berichtete Bethge.
Sie wurden mit geringfügiger Aenderung gutgeheißen. Als erster
Vorsitzender wurde dann Bud, zum zweiten Vorsitzenden Wirtz
gewählt. Nach Schluß der Landesversammlung traten die Dele-
gierten der Bezirke zu der Konstitution ihrer Organisationen zu-
sammen.

Einen Parteitag abzuhalten, genügen schließlich ein
paar Duzen Funktionäre. Um aber eine Massenbewegung
zu werden, dürfte der törichte Spaltungsgedanke, der sich von
Eingelebten der sächsischen Parteiführung nährt, keinesfalls stark
genug sein, wie ja auch bereits der Verzicht auf eine Er-
weiterung der Bewegung über Sachsen hinaus
zeigt, der ein gewisses Eintreten zur Vernunft verrät.

Aus dem Reiche.

Gen. Löbe wieder hergestellt. Reichstagspräsident Gen. Löbe,
der vor kurzem an einer Gallenblauentzündung erkrankte, ist
wieder hergestellt und hat seine Dienstgeschäfte wieder über-
nommen.

Aus der Preussischen Justizverwaltung. Die Landgerichts-
räte Dr. Helbig, Rebecky, Dr. Salomon, Sperrlich
und Steinfeld in Breslau sind gleichzeitig zu Amtsgerichts-
räten selbst ernannt. Amtsgerichtsrat Mayers in Schweidnitz
ist nach Erlang verlegt. Zum Notar ist ernannt Rechtsanwalt
Dr. Konstant Schneider in Breslau.

Religion und Volkswirtschaft. Die Arbeitsgemeinschaft der
religiösen Sozialisten Deutschlands, die schon bei dem Volks-
begehren für die entscheidungsgewisse Entgegnung der Fürsten ein-
getreten ist, wird am 13. Juni eine Sondernummer des „Son-
tagsblattes des arbeitenden Volkes“ herausgeben,
in der bewiesen wird, daß es auch vom christlichen Standpunkt
aus kein Unrecht ist, wenn die Fürsten im Sinne des Gesells-
chaftsvertrags zum Volkswirtschaft enteignet werden, daß es vielmehr
ein Gebot christlicher Sittlichkeit ist, sie zu enteignen und den
Armen unseres Volkes zu helfen. Parteiverzeim und Aktions-
ausschüsse, die gegen „christliche“ und kirchliche Agitation für die
Fürsten zu kämpfen haben, sollen sich dieses Sondernummers des
„Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes“ in genügender Anzahl
verschaffen; die Nummer kann vorzügliche Dienste tun. Der
Verlag des „Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes“ gibt die
Sondernummer in beliebiger Anzahl zum Selbstkostenpreis ab.
Adresse des Verlags: Karlsruhe, Ruppert, Blütenweg 2a. Sofort
bestellen!

Das Befinden des verunglückten alten Landbauhüfners,
Freiherrn von Wangenheim, hat sich erheblich gebessert, so daß
keine Lebensgefahr mehr besteht.

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

68]

„Was?“
„Daß sie den roten Jakob liebte und ihn hätte heiraten
sollen, daß sie ihn aber von sich ließ, nachdem sie lange mit-
einander geliebt hatten und nach Jakob ging, wo sie den
reichen Michael Sunlocks heiraten konnte.“
„Er würde es uns nie glauben“, sagte Thurstan.
„Nicht? Aber vielleicht seinen eigenen Augen?“ Und er zog
einen Brief aus der Tasche. Es war Greeds Brief an Jakob,
den sie damals nicht abgefaßt.
„Zwei Tage blieben sie noch in Reykjavik und schweifen
müde in der Stadt herum und zogen durch ihre engstehenden
Gassen aus blauem maroccanen Tuch und ihre Stiefel die
Lufthandlung der Isländer und Dänen auf sich. Am Nach-
mittag des zweiten Tages sahen sie von dem neuen Damm aus,
wo sie den Maurer sahen, ein Schiff von Smolts Point den
Hörn herauskommen. Es war eine Brigg mit Masten, die,
als sie dem Hafen sah näherte, das Wimperband zeigte, und
die Brüder bemerkten, daß gleichzeitig mit einer schifflichen Flagge
auf dem Gouverneurshaus gepfeift wurde.“
„Dort drüben ist er!“ sagte Jakob und wies nach dem
Schiffe.
Nach ein paar Minuten machte sich in der Stadt eine Be-
wegung unter den Leuten bemerkbar. Alles lief nach dem
Landungsplatz hinüber. Eine halbe Stunde später lag das
Schiff in der Hafens, ankerte und ließ seine Boote aus Land
fahren. Zwischen den zwei Masten, die rechts, sah ein Herr,
ein hochgewachsen, mit braunen, hoch empfindlichen Haaren.
Es das Boot heran ankerte, sprang er leicht aus Land, rief die Namen
all denen zu, die vor ihm die Hütte trugen, begrüßte einige
mit einem herzlichen Wort, schwang sich dann in den Sattel eines
verwunderten Pferdes und ritt in Richtung nach der Stadt.
Das war Michael Sunlocks.“

Die Begrüßung.
Als die Leute, die Michael Sunlocks auf die Straße nach
Hause ausgefaßt hatte, ihn wieder erblickten, sah er,
daß sie sich bewegten, waren als sie in der Richtung nach
Hause vertrieben, ritt er seinem Pferd entlang zu gehen. Er

beschloß deshalb, zu Schiffe nach der Südküste in die Nähe der
Wachmannsinsel zu fahren, da er dachte, dort Adam irgendwo
am Eingang des Fjords zu finden. Er gelangte an den richtigen
Ort, doch zu spät. Er hörte aber, daß Adam mit anderen Schiff-
brüdern wohlbehalten drei Tage vor seine Ankunft, geführt
von einem wegzugenden Mann aus Emdisjord, am Westufer
des Reversars hinabgewandert sei.

Da der Fjord nicht sichtbar war, ließ Michael Sunlocks
wenden, um schnell nach Reykjavik zurückzukehren. Von dort
wachte er dann Adam mit Bonies in der Richtung nach Thing-
velli entgegenzehen und hoffte, ihn noch zu treffen, bevor
dieser die große Gabelte, den „Mund der Menschen“ erreicht
hätte.

Er hoffte, Greeda auf dieser Landreise mitzunehmen —
damit trat ihr Bild ihm vor die Seele, und schneller noch als
das Schiff über das Wasser dahinschiffte, lag sein Herz ihr ent-
gegen. Und wenn er nichts über die schwarzen Wälder schaute,
weil weg von ihr, war ihm, als sehe er ihre schlanke Gestalt, als
hätte er den Fjord mit ihren Strömen. In großer freudiger Er-
regung nannte er sie immer wieder sein Bestes, sein Weib, sein
Lied und alles.

Auf dieser Heimfahrt, während die Segel unter dem
günstigen Wind sich hoben und das schnelle Schiff ihn zu ihr
hinaus zog, fragte er sich mehr als einmal, ob er wohl jetzt noch
ohne sie leben könnte, wenn ein böses Geschick sein großes Glück
in ein großes Unglück wandeln würde. Und er rief sich jenen Tag
in Erinnerung, wo er die Kunde ihrer vorzeitigen Ankunft er-
hielt — wie er da an den Hafen hinuntereilte, in das Boot
sprang, aber die Nacht fiel und an Bord ging, mit gehobener
Stimme im Herzen, daß die Jahre nie wieder sich veränderen, etwas
von ihrer Schönheit, ihrer Lieblichkeit, dem sprühenden Ueber-
mut, der sie in seinem Mund, wenn man sie sehen mochten. Er
dachte sich daran, wie sie ihn überreichte, wie dann jener
Tag geschah, als sie ihn nicht zu sich rief, sondern gegenüberstand
und er die weißen Wangen, das kleine rote Gesicht darauf,
das sie verriet, wenn sie lächelte, sah den letzten Schritt und
die Angst des Herzens, den weißen Nacken und den wogenden
Hagen und die Lider der wunderbarsten Augen, die je auf ihn ge-
schaut. So dachte er immer an Greeda, während sein Schiff heim-
wärts segelte.

Wenn Smolts Point lagern sie für etwa zwei Stunden an,
um Briefe für die Hauptstadt mitzunehmen. Dort kam auch die

Runde von Jonsen Festnahme an Bord, von dem Verhör und seiner
Verurteilung wegen beschuldigter Missetats auf das Leben des
Präsidenten. Michael Sunlocks war höchst überrascht und tief
bewegt und befaß dem Kapitän, ohne weiteren Aufschub die
Anker zu lichten. Er hatte nun doppelten Grund, bald in Reyk-
javik zu sein.

Als er endlich ans Land kam, ritt er eilig zum
Gouverneurshaus hinauf, fand Greeda dort und all seine süßen
Traumwörter verwirklicht. Hunderte von ärztlichen, nützlichen und
fröhlichen Namen gab er ihr immer und immer wieder, während er
sie in seine Arme schloß und ihr schöner Kopf an seiner Schulter
und ihre pochende Brust an seiner Brust lag.
„Liebste“, flüsterte er, „mein Lieb, Geliebte, wie konnte ich
dich nur so lange allein lassen?“
„Michael“, flüsterte sie, „wenn du noch etwas sagst, dann
werde ich weinen müssen.“

Aber ihre Worte waren schon halb von Schluchzen erfüllt.
Sie meinte, als Michael dies sah, suchte er sie auf andere Ge-
danken zu bringen, indem er ihr von seinem Suchen nach ihrem
Vater erzählte und ihr sagte, daß, wenn er den guten Mann nicht
mitgebracht, er doch gute Nachrichten von ihm bringen könne. Sie
beide wollten am folgenden Morgen nach Thingvelli aufbrechen,
den Vater hier dort treffen und ihn dann mit Freude und Jubel
heimbringen.

„Und nun, mein Lieb, habe ich noch unendlich viel zu tun
und zu besorgen, ehe ich wieder aufbrechen kann, und du müßt dich
auf eine zweiwöchige Reise im Sattel durch den Schnee vorbereiten.“

Greeda hatte gelächelt, während noch Tränen in ihren Augen
schwammen. Sie wurde sie auf einmal ernst und sagte:
„Ach, Michael, du denkst dir nicht denken, was für Kummer
wir gehabt haben, die ganze Zeit über, da du fort warst!“
„Ich weiß es, weiß alles“, antwortete Michael Sunlocks.
„Sag mir, was ich mehr davon. Aber nun schnell auf dein
Zimmer, mein Liebling.“

Dann rief er seinen Diener Oskar:
„Geht hinaus ins Gefängnis, lasst John wissen, daß die
Gefangene bis auf weiteren Befehl nicht weggebracht werden darf.“
„Welcher Gefangene, Excellenz?“ fragte Oskar.
„Der Gefangene, der unter dem Namen Jafon bekannt ist.“
„Er ist schon fort, Excellenz.“
„Schnell zurück.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Elternbeiratswahlen in Groß-Berlin

haben am Sonntag bei einer Wahlbeteiligung von etwa 55 Prozent fast 600 Stimmen. Aus 829 Schulen liegen bis jetzt folgende Ergebnisse vor: Sozialistische Liste 138, Christlich-unpolitische Liste 282. Hinzu kommen noch etwa 850 Sitze an weltlichen Schulen, so daß den Christlich-unpolitischen rund 680 weltlich eingestellte Elternbeiräte gegenüberstehen werden.

Endlich Gleichberechtigung in der Deutschen Studentenschaft?

Im preussischen Landtag ist ein sozialdemokratischer Antrag zum Studentenrecht angenommen worden, durch den das preussische Staatsministerium erlucht wird, die aus dem Jahre 1920 stammende Verordnung über die Bildung von Studentenschaften so abzuändern, daß künftig außer den reichsdeutschen alle österreichischen Staatsangehörigen in den preussischen Studentenschaften Mitgliedschaftsrechte genießen. Nicht nach dem völkischen Kennzeichen der „deutschen Abstammung und Muttersprache“ werden künftig die den Studentenschaften angehörenden Auslandsdeutschen bestimmt, sondern nach dem mit unserer Reichsverfassung einig vereinbarten Prinzip der Gleichberechtigung aller Staatsbürger.

Um zu erreichen, daß auch die Gesamtorganisation, die Deutsche Studentenschaft, künftig diesem Prinzip Rechnung trägt — bekanntlich gehören ihr bisher nur die völkischen Gruppen der österreichischen und sudeten-deutschen Studierenden an — bestimmt der Landtagsbeschluss weiterhin, daß die preussischen Einzelstudentenschaften sich nur mit solchen Studentenschaften zu einem Gesamtverband zusammenschließen dürfen, die allen österreichischen Staatsangehörigen Mitgliedschaftsrechte zugestehen.

Durch die Annahme dieses Antrages, dessen Durchführung wohl nicht lange auf sich warten lassen wird, wird der im Juli in Bonn zusammengetretene Studententag vor eine folgenreichere Entscheidung gestellt. Im Interesse der studentischen Selbstverwaltung liegt es, daß nun endlich eine Lösung der politischen Streitfragen erfolgt. Die Standalaffären der letzten Zeit haben dem Ruf der Studentenschaft schwer geschadet. Sie sind nun zu erklären durch das immer stärkere Schwanden der Anteilnahme der großen Masse der Studierenden an der studentischen Selbstverwaltung. Die studentische Selbstverwaltung erneut zu beleben, wird nun dann gelingen, wenn der bisherige Verfassungskonflikt und damit die Monopolherrschaft der völkischen Gruppen beendet wird.

Der Senat der Technischen Hochschule Hannover hat zehn Studierende, die sich an den fälschlichen Ausschreitungen gegen Professor Velling und gegen den Rektor beteiligten, von der Hochschule verwiesen (exlegiert).

Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft demontiert die auch von uns übernommene Meldung des „Berliner Tageblattes“, daß er an die Studierenden der Technischen Hochschule Hannover im Falle Velling ein Sympathieschreiben gerichtet habe. Er habe zu der Angelegenheit Velling bisher weder in positivem noch in negativem Sinne Stellung genommen.

Änderungen des Arbeitsrechts für die notleidenden älteren Angestellten?

Im Sozialen Ausschuss des Reichstags, der am Freitag seine Beratungen wieder aufnahm, berichtet Abg. Ushäuser (Soz.) über die Beschlüsse des Unterausschusses für Angestelltenfragen zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten. Diese Beschlüsse, die in Form von Vorschlägen gefaßt wurden, sind von weitgehender Bedeutung.

Im Rahmen der Arbeitsvermittlung soll eine Meldepflicht eingeführt werden. Freiwendende Stellen wären danach dem Arbeitsnachweis anzumelden. Die Unternehmer werden verpflichtet, von der Kündigung und Entlassung älterer Angestellten (über 40 Jahre) dem öffentlichen Arbeitsnachweis sofort Anzeige zu erstatten. Eine Pflichtanzeige darf nur angenommen werden, wenn der Auftraggeber dem Verleger eine Bescheinigung darüber vorlegt, daß er seine Meldepflicht bei einem Arbeitsnachweis erfüllt hat. Unternehmer mit mindestens fünf Angestellten müssen auf je fünf einen Angestellten über 40 Jahre beschäftigen. Kommt der Arbeitgeber dem nicht nach, so erfolgt zwangsweise Einstellung. Mit der Zustimmung der Einstellungsverfügung gilt der Einstellungsvertrag als abgeschlossen. Der Vorsitzende des Landesamts für Arbeitsvermittlung bestimmt den Inhalt des Einstellungsvertrages, soweit er nicht im Tarifvertrag geregelt ist. Ferner sind für den Kündigungsschutz verschiedene Notmaßnahmen für die älteren Angestellten im Unterausschuss beschlossen worden. Für die Kündigung ist die Zustimmung der Betriebsvertretungen notwendig. Sie muß die Zustimmung zur Kündigung verweigern, wenn sie sich als unbillige Härte darstellt. Eine für ungerechtfertigt erklärte fristlose Kündigung muß zurückgenommen werden. Bestimmte Mindestkündigungsfristen sind vorgesehen: bei Angestellten nach fünf Dienstjahren 3 Monate bis zum Schluss eines Kalendervierteljahres, bei Angestellten von zehn Dienstjahren 6 Monate, von 15 Dienstjahren 9 Monate. Nach 20 Dienstjahren dürfen Angestellte nur bei einem wichtigen Grund im Sinn der Bestimmung des Handelsgesetzbuches gekündigt werden. Außerdem ist bei Kündigung durch den Arbeitgeber eine Abgeltung zu entrichten, nämlich bei drei Jahren Zugehörigkeit zum Betrieb ein Monatsgehalt, nach je zwei weiteren Jahren ein weiteres Monatsgehalt.

Von der Regierung wurde auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Beschlüsse für das gesamte Arbeitsrecht hingewiesen. Bei so einschneidenden Änderungen müsse das Reichskabinett zunächst über die prinzipielle Frage dieser Reform eine Entscheidung herbeiführen. Die Abstimmung wurde deshalb um eine Woche verschoben.

Landwirtschaftskredit und Porzellanmanufaktur-Debatte im Landtag.

Der Preussische Landtag schloß am Sonntagabend die zweite Sitzung des Haushalts des Finanzministeriums und die zweite Beratung des Haushalts der Preussischen Staatsbank zu Ende. In der Aussprache teilte

Staatsbankpräsident Schröder teilte mit, daß mehr als 150 Millionen an langfristigen Krediten für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden seien; das müsse man als erheblich bezeichnen, da im allgemeinen nur kurzfristige Kredite gegeben würden.

Bei der zweiten Beratung des Haushalts der Porzellanmanufaktur forderte

Abg. Meyer-Berlin (Soz.), daß bei der unvermeidlichen Umstellung der Manufaktur für Arbeiter und Angestellte unbillige Härten vermieden werden. Man hat 21 Porzellanarbeiter entlassen, die lange Jahre im Dienst der Manufaktur entlassen. Meyer wandte sich dann gegen das System der Gewinnbeteiligung für die Beamten bei der Manufaktur, der Staatsbank und der Lotterieverwaltung. Es gehe nicht an, den Beamten Gewinnbeteiligung zu geben und Arbeiter und Angestellte leer ausgehen zu lassen. Im übrigen müsse die Zukunftswirtschaft aufhören; die Manufaktur müsse zu diesem Zweck völlig nach modernen wirtschaftlichen Grundsätzen reorganisiert werden. Sie müsse für den technischen Fortschritt und für das Kunstgewerbe richtungweisend sein; zugleich aber nicht nur Luxusporzellan, sondern auch für den einwandfreien Ware für ein breiteres Publikum herstellen.

Die Abstimmung über den Haushalt des Finanzministeriums, der Staatsbank und der Manufaktur erfolgen am Dienstag.

Dr. ing. h. c. Rudolf Defer,



Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Reichsminister a. D. und Staatsminister, ist im 68. Lebensjahre gestorben. Defer, der ursprünglich Journalist war, trat als Mitglied der Deutschnationalen Partei frühzeitig in das parlamentarische Leben ein. 1919/20 war er preussischer Minister für öffentliche Arbeiten, 1921 Landeshauptmann der Provinz Sachsen, November 1922 Reichsminister des Innern, August 1923 Reichsverkehrsminister und August 1924 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Defer hat sich politisch stets (zum Beispiel beim Kapp-Putsch) als ein aufrechter Demokrat gezeigt und bei der Umwandlung der einzelstaatlichen Bahnen in die Reichsbahn und bei deren Umwandlung in eine Reparations-Gesellschaft die Reichsinteressen vertreten.

Koalitionsdebatte in Belgien.

Brüssel, 7. Juni. (Eigener Kurbericht.)

Den Höhepunkt des belgischen Parteitages bildete die Debatte über die politische Lage. Außenminister Vanderveelde erhaltete ein großangelegtes Referat, worin er die Vorgeschichte der Regierungskrise, sowie den Verlauf der Valutakrise schilderte und den Eintritt der Sozialisten in die Koalitionsregierung als Parapetierstätte. Seinen mit gewaltigem Beifall aufgenommenen Ausführungen traten mehrere Redner entgegen, insbesondere de Broodere, der in überaus eindringlicher Rede die Regierung als einen Triumph der Bankleute bezeichnete, die die Hecke gegen eine demokratische Regierung organisierte, und um sie zu schützen vor einer Zerstörung der Valuta nicht zurückwichen. de Broodere hat kein Vertrauen zu den Wandermitteln des Finanzministers und früheren Bankdirektors Franqui. Teuerung, Arbeitslosigkeit und im Gefolge bittere wirtschaftliche soziale Kämpfe seien zu erwarten. Es sei deshalb eine dringende Pflicht der Arbeiterklasse, die rote Arbeiterwehr gegen den Faschismus energisch aufzubauen, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein — Arbeitsminister Wauters verteidigte zwar die Bildung der Regierung alspar, mußte aber zugleich zugeben, daß schwere wirtschaftliche Zeiten bevorstünden und daß die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Partei sich schleunigst zum Kampf rüsten müßten. Resolutionen wurden nicht angenommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Genosse Oswald Hillebrand ist gestorben, einer der Führer der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie. Er wurde in Hohenploh in Oesterreich-Schlesien 1879 als Sohn eines Maurers geboren. Schon in der Lehrerbildungsanstalt in Troppau geriet er in den Bannkreis sozialistischer Ideen. So wurde es ihm unmöglich,

einen Posten als Lehrer zu finden. Endlich gelang es ihm, als Parteisekretär mit einem Wochenlohn von acht Gulden unterzukommen. Dann wurde unter Hillebrands Leitung der „Volkswille“ aus einem wenig beachteten Wochenblatt zum größten Tagesblatt Westböhmens. Als im November 1918 die deutsche Landesregierung gegründet wurde, erhielt er das Gesundheitsreferat. Die österreichische Nationalversammlung, deren Mitglied er war, bestimmte ihn zu einem ihrer Vertreter in dem geplanten konstituierenden Parlament des Gesamtdeutschums in Weimar. Im Jahre 1920 wurde er für den westböhmisches Wahlkreis in das tschechoslowakische Parlament gewählt. Als kurz Zeit darauf die kommunistische Forderung einsetzte, war Hillebrand einer der Erstigen im Kampfe um die Einheit der Partei. Auf dem Karlsbader Parteitag brachte er einen Kompromißvorschlag ein, um eine gemeinsame Grundlage für beide Richtungen zu finden. Seinem unermüdeten Wirken ist es zu verdanken, daß die kommunistische Spaltungstätigkeit in Westböhmen so gut wie erfolglos blieb und der Wahlkreis Karlsbad auch bei den letzten Wahlen im Herbst 1925 ein Bollwerk der Sozialdemokratie blieb.

Eine Tagung des Völkerverbundes beginnt heute. Auf ihrem Programm steht eine ganze Reihe von Aufgaben. Vor allem die Frage der ständigen Ratsitze und damit die Vorbereitung der zweiten Etappe der Studentenkommision, ferner die Aufhebung der Kontrolle über Ungarn widersprechen, was als Duldung für die Frankensituation zu betrachten ist. Im übrigen wird auch über das Saargebiet und über die Vorarbeiten zur Abrüstungskonferenz sowie über die kolonialen Völkerverbundsmandate zu verhandeln sein.

Ausnahmestand über Bomerellen. Der polnische Ministerpräsident hatte den Ministerpräsidenten ermächtigt, über Polen und Bomerellen den Ausnahmezustand zu verhängen. Ueber Bomerellen wurde nun tatsächlich der Ausnahmezustand verhängt. Diese Maßnahme soll auf Grund von Vorstellungen des Thronerbes Bojowoden erfolgt sein, der dieses Verlangen mit der unübertrefflichen Agitation deutscher Chauvinisten und anderen Staatsrücksichten begründete.

Neue Erzbischöfe in Polen und Kattowich. Die polnische Presse meldet die Ernennung des Kattowicher Bischofs Dr. August Slond zum Erzbischof von Gnesen-Posen. Der bisherige Weihbischof Lutowski, der sich bei den Nationaldemokraten zu weit engagiert hat, konnte nach dem Umsturz unmöglich das polnische Amt übertragen erhalten, zumal nach dem Konkordat die Ernennung des Bischofs mit Genehmigung der Warschauer Zentralregierung zu erfolgen hat. Andererseits war der Gegenstand zwischen den deutschen und den polnischen Katholiken der Diözese Kattowich so groß, daß eine Verftändigung mit Dr. Slond dort unmöglich schien. Die zahlreichen Klagen der deutschen Katholiken, die dem Staatssekretariat in Rom vorliegen, dürften die römische Kurie dazu veranlaßt haben, den Kattowicher Bischof Dr. Slond für den polnischen Bischofsposten zu nominieren. In Rom glaubt man wohl nun, durch die Ernennung des Gnesener Bischofs Dr. Kubina, eines gebürtigen Oberschlesiers, den Oberbischöfen soweit entgegenzukommen, daß die Klagen der Deutschen nachlassen.

Wozu ein Fürst noch benutzt werden kann. Der Sultan von Marokko wurde vom französischen Generalresidenten nach Paris eingeladen, wo er an der Einweihung der muftemantischen Moschee und an der Truppenparade des 14. Juli teilnehmen wird. Auch das Schicksal Abd el Krim haben die Franzosen formal in die Hände des von ihnen abhängigen Sultans von Marokko gelegt, um Differenzen mit Spanien zu vermeiden.

Das neue ägyptische Kabinett. Nach Bepredungen mit Jagul Pascha hat der Führer der Liberalen Ali Pascha das Kabinett gebildet, in dem er selbst das Ministerpräsidentenamt und das Ministerium des Innern übernimmt, während der ehemalige Premierminister Sarward Pascha das Ministerium des Meeres und Kemal Bei Khashaba das Kriegsministerium erhält. Alle drei Minister waren Mitglieder des Jagul-Kabinetts von 1924. Das neue Kabinett bedeutet einen Kompromiß zwischen der bei den Wahlen siegreich gestiegenen Selbständigkeitspartei Jaguls und der britischen konservativen Regierung, die eine Kabinettsbildung dieses Nationalistenführers keinesfalls anerkennen wollte.

4711 Kölnisch Wasser

Auf dem Wege der Genesung

Ist "4711" die treueste Stütze. Durch sie weichen Mattigkeit und Schwäche dem Gefühl neuer Kräfte, dem Willen zur Gesundheit. Beglückend sind die stillen Tage der Genesung, wenn unter dem zarten, belebenden Hauch der "4711" Frische und Schönheit wiederkehren.

Man bediene sich nur der ges. gesch. "4711" (Blau-Gold-Etikette)

Kölnisch Wasser-Seife * Kölnisch Wasser-Badesalz

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher
Des Proletarischen Kosmos
zu bestell. durch die Buchhändler d. Zeitung u. die Zeitungsleger.

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2
Flurstraße 4/6
übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität
Massenaufgaben
(Rotationsdruck)

Liederbuch

des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold
68 Lieder mit Noten
Preis 30 Pf.
Verlag: Buchverlag

Direkt aus Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel
liefern wir für

Mk. **2¹⁰** per Liter
einschl. Steuer
den berühmten
Alten Breslauer 35
0/10

Weinbrand-Verschnitt Mk. **2⁸⁰**
Echter Weinbrand per Ltr. Mk. **3⁵⁰**

Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
Mk. **3⁰⁰** und **3⁶⁰** alles
per Liter
einschl. Steuer

Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48, Michaelisstraße 3
und Blücher-Platz 20.

Tuban

33

10 Zigaretten
Akt mit Goldornick

die Marke des sparsamen Rauchers,
der auf gute Qualität Wert legt.

Am 4 Juni, früh 6 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe, gute Frau, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Pauline Scholz
geb. Krause

im Alter von 45 Jahren.

Dies zeigt im tiefsten Schmerz an
Breslau, den 5 Juni 1926
Auguststr. 179

**Paul Scholz, Hans als Pflegesohn
nebst Anverwandten.**

Die Einäscherung findet Dienstag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt.

Stadt-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr:
„Die Bohème“
Dienstag 7 Uhr:
„Zambrano“
Mittwoch 8 Uhr:
„Orpheus
in der Unterwelt“

Lobetheater
Leffingstr. 8, Tel. 9g. 6774.
Montag, Dienstag
abends 8 Uhr:
Gastspiel
Ludwig Stössel
„Charleys Tante“

Thaliatheater
Schwertstr. 3, Tel. 9g. 6700
Montag, Dienstag
abends 8 Uhr:
„Die tote Tante“

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 37 460.
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenerfolg!
„Annemarie“
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Lene, Lotte, Liese,
Josefines Töchter“

**Schlesisches
Landesorchester.**
Morgen Dienstag 4 Uhr:
Nachmittags-
Südparkkonzert
Leitung: Schöner. Eintritt 50 Pf.

**Liebich
Theater**
Tel.: Stephan 34646
Täglich 8 Uhr
Der Sensationserfolg!
„Apollo?“
Nur Apollo!
Die Revue der Wiener
Apollo-Theaters in der
Originalbesetzung.
Kurzes Gastspiel
Sally Berber mit Komf.
Eintrittspreise v. 75 Pf. an.

**Victoria-
Theater** 8 1/2 Uhr
2^{ter} Monat
Die große
Schauspiel-
Lebens-
länglich.
5 Bühnen-Akte
sowie zum Ende
Veranstaltung,
die Tragödie
des Markgrafen
Dr. Hans
100 Personen
unter 18 Jahren
keinen Zutritt.
Einzelpersonen 2,00 Pf.

Parteilreunde
kaufen an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Sofort Geld
auf Pfänder!
Reichhaus Rohrer
Hilfsstraße 43, I.

Bettfedern
Außergew. billiges Angebot.
Spezialgeschäft Horst,
Matthiasstr. 100, I. Etg.,
am Waterlooplatz. Kein Laden,
Straßenbahn wird vergrüßt.

In der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen besten
Erfolg

Kleine Anzeigen
sind kompakt gesetzte einsp.
Anzeig. v. Verkauften, Kaufge-
suchen u. s. nur von Privaten.
Wort 3 Pfg., teill 4 Pfennige.

Gutes, stabiles Gagerab
verkauft billig Sonnenstr. 17,
Gartenh., I. r. 1403 b

Wer will
4008
trotz Bargeld-
mangels monatl.
mit nur 11 Mk. Anfangskapital erzielen? Erfolgr. Mit-
arbeitern gew. wir außerdem 50 Mk. Büroausst. und
100 Mk. Büromaterial, sowie 1 Schreibmaschine gratis.
Verlangen Sie sofort kostenlos Auskunft gegen Ein-
sendung von 0.40 Mk. für Porto- und Muster durch
Bille & Neumüller, Wiesbaden, Hellmuthstraße 13.

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße
Arbeitsmarkt
Händler(in) gesucht, Schlie-
macherstraße 42, Breslau

**Verband der Lebensmittel- und
Getränke-Arbeiter Deutschlands.**
Am 4. Juni verstarb unser Krieger und lang-
jähriges Mitglied 2519
Josef Guckel
im Alter von 59 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm der
Ortsverein Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 8. Juni, nachm. 4 Uhr,
von der Leichenhalle des St. Heinrich-Friedhofes aus.

Eheleute
müssen lesen
die Broschüre
**Vorbeugen,
nicht abtreiben!**
Preis 50 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung.

Dreifönigsheiltees
(seit 50 Jahren verbreitet) sind vorrätig in den Apotheken.
Mittelpost: Breslau, Apotheke zur Hygiene,
Tauentzienstraße 91, Ecke Grünstr. Stoßhüte loslösen durch
N. Fischer & Schae, Dinkelsbühl 1. B.

2 engl. Bettstellen
mit Stahl- u. Auflegematratze,
Preis 130 RM., Gardeob-
schicht mit Wäscheeinrichtung
(3 tüchtig) rußbaum poliert,
95 RM.
Tischlerei, Fürststraße 6
501 I.

Geld borgt Ihnen
Leihhaus Neue Graupenstr. 11, I.
2. Haus v. Sonnenplatz

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse des
Sprachschranken! Lernt die
Wellsprache **Esperanto**,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

Für Altschees
und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
**Verlag
der
Volkswacht**

Das Gespräch des Tages!
Menschen und Schiffe
in der kaiserlichen Flotte
von
L. PERSIUS, Kapitän zur See a. D.
Gebunden 3.75 Mark.
Zu beziehen durch: Buchhandl. Volkswacht,
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

12190 Die neuen **Kartoffeln sind billiger**
deshalb veranstalten wir
ab Montag früh **billige Heringsverkäufe**

Feinste Schotten-Vollheringe 10 Stück 20, 1 Stück 2,00
Feinste neue englische Matjes-Heringe je nach Größe
10 Stück 20, 1 Stück 2,00
Feinste **Konserv. Matjes** Kenner ziehen diese 10 St. 310, 1 Stück 32
extragroße den neuen vor! 1 Stück 32

Alle Sorten sind auch in best. verschlossenen Dosen zu haben.
Täglich frische Zufuhr. **Billigste Preise in Südlichen.**
ff. **Pett-Bücklinge** sind jetzt sehr 1/4 Pf. 16, 1/2 Pf. 30
Unserer **Ger. Spickhais (Hering)** zu den bisherigen
Ger. Bücklinge (in Band) billigen Preisen!
Spezialitäten! **Marinaden (in 1/2-Lit.-Dose)** billigen Preisen!

Wiederholend billige Lagerwaren. Bitte, fordern Sie Preislisten.

Nordsee
Geschäftsführer:
Friedr. Krapp.
Festnetz: Stephan 31841, 31842, Telephon 31842. Postfachkonto 3454.
Bitte geben auf Fern- und Briefkärtchen mit postl. Sendung, an.

**Victoria-
Theater** 8 1/2 Uhr
2^{ter} Monat
Die große
Schauspiel-
Lebens-
länglich.
5 Bühnen-Akte
sowie zum Ende
Veranstaltung,
die Tragödie
des Markgrafen
Dr. Hans
100 Personen
unter 18 Jahren
keinen Zutritt.
Einzelpersonen 2,00 Pf.

Ein Wort an die
Buchkarten-Buchbezieher
und an alle, die es noch nicht sind!

Die Nachfrage nach Corvins Buch „Der Pfaffenpiegel“ war außerordentlich. Nicht weniger als eintausend Exemplare verkauften wir in den letzten Jahren. Noch hält die Nachfrage unvermindert an. Die Vorzugsexemplare zum Preise von 2 Mark sind jedoch **endgültig** vergriffen. Wir ersuchen aber aus der überaus starken Nachfrage, wie groß das Verlangen nach Aufklärung in der klassenbewußten Arbeiterschaft ist. Das veranlaßt uns, ein **neues, weitaus umfangreicheres** Werk zu besorgen. Es ist dies Emil Rosenow's „**Wider die Pfaffenherrschaft**“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, **2 Bände**. Das Werk ist bereits im Buchhandel vergriffen. Die **Restauflage** (in unserem Besitz) können wir jedoch **an parteipolitisch und gewerkschaftlich Organisierte zum billigen Preise von 9 Mark**, statt bisher 20 Mark, abgeben. Emil Rosenow's Absicht war es, in ebenso populärer wie interessanter und dabei doch gründlicher Form einen wichtigen Abschnitt aus der Kulturgeschichte der Völker zu schildern und damit die Kenntnis des geschichtlichen Werdeganges der menschlichen Gesellschaft unter den Arbeitern zu verbreiten und zu vertiefen. Um den Leser noch besser in den Geist dieser Kulturzustände einzuführen, sind Hunderte von lehrreichen und interessanten Meisterwerken der Künstler jener Zeiten, wie Porträts, Städteansichten, Flugblätter, Textbilder usw. in originalgetreuen Wiedergaben zur Illustration beigelegt. Wir lassen noch die Inhaltsangabe folgen, um weiter zu zeigen, wie besonders wertvoll gerade dieses Werk ist.

Erster Teil:

1. Eine zusammenbrechende Welt
2. Von der Revolution zur Welt-herrschaft.
3. Bei den Fürsten der Armut.
4. Von den Heiligen, den Mönchen und den Nonnen.
5. Weisheit, Zügel und Beicht-süßl.
6. Brich mit den Ärzten Dein Brot.
7. Die Rhetorik der Pfaffen.
8. Panorama der Pfaffenkultur.

Zweiter Teil:

9. Die Kirche und die Netzer.
10. Das Erwachen des Geistes.
11. Der Ausgangspunkt der Reformation.
12. Der Händ, der Papsi und der Kaiser.
13. Am Vorabend der Revolution.
14. Die schwäbisch-fränkische Bauernrevolution.
15. Die bairisch-sächsische Bauernrevolution.
16. Das Ende des Bauernkrieges.
17. Der Untergang des mittel-alterlichen Kommunismus.
18. Kirchenreform und Ketzer-verbrennungen in der Schweiz.

Dritter Teil:

19. Die Territorien des Protestan-tismus.
20. Die Gesellschaft Jesu.
21. Die Religionskriege.
22. Die Hexenprozesse.
23. Die Wurzeln des Dreißig-jährigen Krieges.
24. Der Dreißigjährige Krieg.
25. Die Gustav Adolf-Legende.
26. Deutschland nach dem großen Wehen.
27. Rückblick und Ausblick.

Durch die von uns eingeführte Buchkarte ist jedermann in der Lage, sich dieses bedeutende Werk anzuschaffen, da er in Wochenraten von nur 50 Pf. bezahlen kann. Die Buchkarte gilt jedoch nur für hiesige politisch und gewerk-schaftlich Organisierte.

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Juni.

Begehrlichkeit!

Eins der am meisten im Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterklasse angewendeten Schlagworte ist das von der „Begehrlichkeit der Massen“. Nicht nur von nationalen Zeitungsschreibern und ebensolchen Veramtlungs- und Stammtischrednern, auch von den Tribünen unserer Parlamente herab, kann man es hören, wenn es gilt, Rechte und Lebensansprüche der großen Massen des Volkes herabzusetzen und zu bekämpfen. Es will nun einmal einem großen Teil unseres Bürgertums nicht in den Kopf, daß das Proletariat nicht mehr nur der rein mechanische Triebfaktor des Wirtschaftslebens sein will, sondern daß es auch seine Menschenschichte geltend macht und, auf diese pochend, seinen Anteil an all den Annehmlichkeiten und Schönheiten dieser Welt verlangt. Alles das, was die herrschenden Schichten in unserer heutigen Klassegesellschaft als ihr gutes Recht betrachten: eine gute, Geist und Seele veredelnde, für alles Schöne empfänglich machende Bildung, die materiellen Grundlagen dazu, dieses Schöne auch in Ruhe genießen zu können und die volle Sicherheit dieser Existenz auch dann noch, wenn Stiechtum und Alter die Arbeit im Dienste der Allgemeinheit nicht mehr zulassen, alles das, was für die oberen Volksklassen eine Selbstverständlichkeit ist — die Proletarier dürfen es nicht auch für sich selbst verlangen, ohne auf den erregten Widerspruch eines Teiles der Besitzenden und Genießenden zu stoßen. Diesen erscheint die in den Herzen aller Menschen wohnende Sehnsucht nach dem Guten und Schönen, nach etwas Glück und Sonnenschein in diesem Leben, bei den Proletariern nur als ein Ausfluß der bösen Luste, der bloßen Gier nach krankhaftem Genuß und daher der Schrei von der „Begehrlichkeit der Massen“ aus den Reihen der sich in Vorrechten bedroht fühlenden, reaktionären guten Gesellschaft.

Besonders laut ertönt dieser Schrei jetzt wieder einmal im Kampfe um den Fürstenmammon. Große Teile des deutschen Volkes wollen, daß seine ehemaligen Fürsten nichts anderes und nichts Besseres mehr sein sollen, als alle anderen Volksgenossen auch. Sie verlangen, daß es in Zeiten solch himmelschreiender Not, wie sie jetzt die unteren Volksschichten erleiden müssen, nicht sein darf, daß die Leute, die ein vollgerichtetes Maß Schuld an dieser Not tragen, noch weiter ihr altes Leben in Saus und Braus, mit Hofschauspielen, Kaskaden und Maitressen führen. Und sie verlangen weiter, daß alle dem Volke auf unrechtmäßige Art und Weise abgejagten Schätze der Fürsten, jetzt mit dazu dienen sollen, das, was diese am deutschen Volke gefündigt, wieder gut zu machen. Da aber beginnt die Seele der Zionswächter des alten Klassenstaates zu kochen. Während schreien die schwarz-weiß-rotten Journalisten und bezahlten Fürstenanwälte, Pfaffen und Professoren, über Diebstahl und Raub und laut brüllen sie: „Wahrheit ist, daß die Begehrlichkeit der Massen...“ Und doch! Wie arm sind sie in ihrem Geiste! Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Sie sehen es nicht, wollen es vielleicht nicht sehen, daß sie grade das, was sie als so verwerflich bekämpfen, dabei laut schreiend verteidigen. Allerdings nicht die aus der Not geborene Begehrlichkeit der Massen, sondern die würdelose, gemeine Begehrlichkeit der Fürsten. Denn was ist es denn anderes, als reine krasse Begehrlichkeit, wenn die Fürsten sich weigern, sich von ihren Schätzen zugunsten des von ihnen angeblüht so heiß geliebten deutschen Volkes zu trennen. Wenn diese Könige und Herzöge wirklich königlich dächten, wenn es wahr wäre, daß tief in ihren Herzen das Wort geschrieben steht: „Ich bin der erste Diener des Staates“, dann müßten sie sich tief vor aller Welt schämen, von diesem arg zugerichteten, aus tausend Wunden blutenden Volke, auch nur einen Pfennig anzunehmen.

Über Scham ist etwas, was man bei diesen Fürsten vergeblich sucht. Sie besitzen sie ebensowenig wie ihre Vorfahren, die einst ihre Landeskinder für gleichendes Gold als Kanonenfutter veräußerten. Und auch ihre Knechte aus den Reihen der schwarz-weiß-rotten Parteien schämen sich nicht, die gemeine Begehrlichkeit der „alexandriantischsten königlichen und kaiserlichen Hoheiten“ zu verteidigen. Die Scham allein bleibt bei dem übrigen Teil des deutschen Volkes darüber, daß es einmal solche Fürsten gehabt und noch solche schädige Lakaienheulen in Hülle und Fülle hat. Diese Scham muß in der Seele des deutschen Volkes brennen und sie schon muß es am 20. Juni zu Millionen und aber Millionen, viel mehr als nur zwanzig, an die Wahlurnen treiben, um dem Weißfandal von der Begehrlichkeit der deutschen Fürsten ein für allemal ein Ende zu bereiten. R. Sch.

Schlutz in Schmiedefeld.

Die Zelte der Landwirtschaftlichen Ausstellung werden abgebrochen, und die zotwängigen Männer im grünen Trüfalahtüchchen mit dem Gamsbart sind in Breslau wieder zu einer leistungsfähigeren Erscheinung geworden. Viel Anteilnahme hat die Ausstellung bei der Breslauer Einwohnerschaft nicht erweckt, viel weniger als etwa die Messe. Es klafft eben eine tiefe Kluft zwischen der republikanischen Bevölkerung der Großstadt und der schwarz-weiß-rotten Reaktion, die in den Agrariern ihre Hauptvertreter hat. Die Kluft ist um so tiefer, als gerade die Leute, denen es in der Republik am besten geht, die die Kriegsschulden am ehesten überwinden haben, zu den Feinden des neuen Staates zählen, der von den Bedürftigen verteidigt wird. Und dieselben Leute, die selbst nicht hungern, die ihr Vieh zumeist besser nähren und wohnen lassen als die eigenen Arbeiter, treiben häßlich darauf hin, der übrigen Bevölkerung das Brot durch Zölle künstlich zu verteuern. Die vielen schwarz-weiß-rotten Fahnen zeigen die Einstellung dieser Kreise zu Volk und Staat. Und wer auch selbst Republikaner ist, doch mit den Agrariern Geschäfte machen will, der muß keine Heberzeugung verbergen. Die meisten Breslauer Firmen zeigten irgendeine Unschuldsschärben, ebenso die großen chemischen Gesellschaften, die mit dem Reich Geschäfte machen. Eine einzige Fahne in den Farben des Deutschen Reiches, das kennzeichnet diese „Deutsche“ Landwirtschaftsausstellung. Das sind aber die Leute, die vom Deutschen Reich Schutz ihrer Interessen verlangen und die wohl zu ihrer Ausübung auch einen Reichsschutz beanspruchen werden.

An unzähligen widerlichen Einzelheiten haben sich die Agrarier entäußert. Die Bewachung brauchen hatten zum Teil bewaffnete Wächter der „Nahrungsgesellschaft“, nur das Vieh hatte eigene Wächter mitgehakt, zum Teil in der grünen Hitzermäße. Es gab wenig Ähnlichkeit, an dessen Stall oder Stand nicht irgend ein schwarz-weiß-rottes Abzeichen angebracht war. Bald war es eine

Schleife, bald ein Schild, bald eine Fahne, aber ein Emblem der vergangenen Zeit befand sich immer in der Nähe eines Stüdes Vieh. Besonders geschmacklos machte sich diese Art Verzierung bei einer Reihe ostpreussischer Schweine, deren eines weithin als „Jungschwein Bebo“ bezeichnet war. Wertwürdig nur, daß dieses Schwein auch noch einen Preis bekommen hat! Die anderen Schweine dieser Herde trugen Fantasiennamen, was sehr geistesarm anmutete, da doch Namen für Schweine genau aus der Geschichte entnommen werden konnten, es müßten ja nicht immer sozialistische Führer sein, nach denen die Schweine benannt wurden. Wie nett hätte sich der „Jungeber Titel Fritz“ beispielsweise ausgemacht! Gegenüber sah man ein Schild: „Der Retter in der Not!“ unter schwarz-weiß-rotter Fahne. Schon glaubte man, irgend einen Gegenstand nach unserem Reichspräsidenten benannt zu sehen, aber es war ein Irrtum; der „Retter“ war nur ein patentierter Stallbügel für Rindvieh. Das war eine Enttäuschung. Dafür erfuhren wir aber, daß die danebenstehende Firma „Hofflieferant Seiner Majestät der Kaiser und Königs“ ist und diesem Ohrmarken für Rinder und anderes Vieh liefert. Da kann sich Wilhelm kein Rindvieh wenigstens an den Marken merken. Sehr beachtenswert für die Notlage der Fürsten ist der von „Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Alexandra von Sachsen“ gestiftete Preis in Silber in verschiedenen Ausführungen — für Rindvieh natürlich. Unweit hier von erhielt man Karren, auf denen der Großherzog, welcher, ist nicht angegeben, ein neues Drahtgitter prüft. Was so ein Gitter doch nicht alles kann! Daß die Reichswehrkapelle unter schwarz-weiß-rotten Fahnen Musik machte, daß auch bei der Vorführung von Vieh Reichswehrsoldaten mitwirkten, obwohl unter den 40 000 Breslauer Gewerkslosen doch auch hierfür ein paar Brauhäute Leute zu haben gewesen wären, sei nur nebenher erwähnt.

Und doch tagt es auch draußen auf dem Lande. Obwohl unter Gewerkschaftshaus am ganz entgegengesetzten Ende der Stadt liegt, ist es während der Ausstellungstage nicht nur von vielen Landarbeitern, sondern auch von ländlichen Besuchern besucht worden, die zu der Ausstellung kamen. Hätte nicht die Ausstellung bei allem, was sie an Sehenswertem bot, ein wirkliches Ereignis für die gesamte Breslauer Bevölkerung werden können, wenn nicht die ganze Einstellung auf Schwarz-Weiß-Rot gelaufen hätte? Da redet man nun gegenseitigem Versehen, daß Stadt und Land einander näher kommen müßten, aber dann, bitte, laßt eure Stacheln und Hitzermäßen, laßt eure Wörderfahnen weg, wenn ihr zu den Republikanern der Großstadt kommt! Das Defizit der Ausstellung wird vorläufig mit 250 000 Mark angegeben. Es brauchte so hoch nicht sein, wenn man vollstimmlicher gewesen wäre. All das muß gesagt werden, so sehr auch die Bekreibungen auf dem Gebiete der Tier- und Pflanzenzucht, der künstlichen Düngung und des maschinellen Fortschritts zu loben und zu unterstützen sind. Der Sozialismus aber darf auch auf das Land immer härtere Hoffnungen setzen, der Besuch im Gewerkschaftshaus während der Ausstellung hat es gezeigt.

An die weiblichen Funktionäre der SPD.

Frauenleiterinnen, Schriftführerinnen, Kassiererinnen, Revierinnen, sowie sämtliche Stellvertreterinnen!

Der Parteivorstand hat zur Agitation für den Volkseinstieg ein ausgezeichnetes Belegblatt für die Frauen herausgebracht. Es ist reichhaltig und gut illustriert und deshalb sehr geeignet zur Agitation unter den uns noch fernstehenden Frauen der arbeitenden Bevölkerung. Es ist nun Pflicht aller tätigen weiblichen Funktionäre, dafür zu sorgen, daß dieses über die Fürkennzeichnung aufklärende Blatt auch in die Hand jeder einzelnen Frau gelangt.

Wir erziehen daher alle Frauenleiterinnen und Distriktsführer, sich sofort mit sämtlichen Genossinnen ihres Distrikts in Verbindung zu setzen und die Verbreitung und Verteilung genau durchzubespochen.

Ehrenschrift aller Genossinnen ist es, sich ihren Frauenleiterinnen und Distriktsführern reißlos zur Verfügung zu stellen.

Die Flugblätter können von heute an im Parteisekretariat, Zimmer 37, abgeholt werden und erwarten wir, daß dieses auch in den nächsten Tagen, bestimmt aber bis Freitag, den 11. Juni, erfolgt.

Wir weisen heute schon darauf hin, daß am Donnerstags, den 10. Juni, eine wichtige Zusammenkunft sämtlicher weiblichen Funktionäre im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, abends 8 Uhr, stattfindet, wo niemand fehlen darf.

Wer Wählerlisten für andere einsteht

muß sich deren Geburtsdaten geben lassen, da bei der Einnahme auch danach gefragt wird.

Stadterordnete und Stadträte.

Dienstag abend Fraktionsitzung im Gewerkschaftshaus.

Die juristische Sprechstunde

findet diese Woche Mittwochs von 3 bis 4 Uhr und Sonnabends von 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr nachmittags statt. — Eingang Fränkelpfah.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Brand im Taubenschlag.

Ein Feuerwehrmann verunglückt.

Am Sonntag, den 6. Juni, vormittags gegen 10 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Hubenstraße, Ecke Merkestraße, alarmiert. In einem im ersten Stock über einer Metzgerei liegenden Lagerraum waren Regale mit Textilwaren, Schränke und andere Einrichtungsgegenstände, sowie das unmittelbar über dem Raum befindliche Dach mit einem großen Taubenschlag in Brand geraten. Entstanden ist das Feuer wahrscheinlich dadurch, daß die Einführung eines Dienstoffes nach Wegnahme des Dachs mit Lumpen verstopft worden war; durch die Hitze eines im Erdgeschoss befindlichen Schmelzofens hatten sich die Lumpen entzündet und das Feuer ist dabei auf den Lagerraum übergesprungen. Zur Bekämpfung des Feuers mußten drei Schlauchleitungen vorgenommen werden. Nach zweistündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abziehen. Leider wurde bei den Vorfällen auch ein Feuerwehrmann verletzt. Er war auf dem Dach durchgebrochen und hatte sich dabei Brandwunden zweiten Grades an einer Hand und einem Bein zugezogen, so daß er mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte.

Steuertalender für Juni 1926.

- 10. Juni: Umfassender Voranmeldung und Vorauszahlung der Monatszahl für Nat. Schatz eine Woche. Steuerlag 0,75 Prozent.
15. Juni: Grundvermögenssteuer nebst Gemeindezuschlag und Hauszinssteuer.
15. Juni: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 1. bis 10. Juni 1926 einbehaltenen Steuerbeträge. Keine Schatzfrist.
25. Juni: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 11. bis 20. Juni 1926 einbehaltenen Steuerbeträge. Keine Schatzfrist.

Grauenhafter Lustmord an zwei Kindern.

Am Sonnabend abend oder in der Sonabendnacht wurde an den zwei Kindern Dito und Erika der Waise Witwe Fehle, Brandenburger Straße 32, 22: im Alter von 11 1/2 bzw. 8 Jahren fanden, ein entsetzlicher Mord begangen.

In der Nacht kurz nach 1 Uhr fand ein Wächter bei seinem Rundgange an der Mauer der Technischen Hochschule an der Waise Witwe ein großes, in Sackleinwand verpacktes Paket. Beim Öffnen fiel ihm der abgeschüttelte Kopf eines ca. 12jährigen Jungen entgegen. Die von ihm sofort telephonisch herbeigerufene Mordekommission, die nach kurzer Zeit draußen eintraf, öffnete das Paket vollends und fand außerdem auch die Leiche eines kleinen Mädchens, bei der die Kopfhaut stülpert und die Eingeweide völlig aus dem Leib herausgeschnitten waren.

Inzwischen war bereits am Abend gegen 8 Uhr bei der Vernehmungsabteilung der Kriminaldirektion eine Meldung des Ehepaars Urban, den Großeltern der Geschlichen Kinder, eingelaufen. Die beiden Kinder waren um 5 Uhr wegen eines Paketes nach dem Paketpostamt auf der Weißen Ohle geschickt worden und seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Da die Kinder den Weg zum Paketpostamt genau kannten, war es von vornherein unwahrscheinlich gewesen, daß sie sich verlaufen hätten. Die in der Nacht gegen 2 Uhr von der Kriminaldirektion telephonisch herbeigerufene Mutter erkannte in den entsetzlich verstümmelten Leichnamen ihrer beiden Kinder wieder.

Von dem Verbleib der Kinder in der Zeit von 5 Uhr an und dem Täter fehlt bisher jede Spur. Ein Polizeihund, der angeleitet wurde, konnte eine Spur nur bis zum Oberufer verfolgen.

Nach dem inzwischen vorgenommenen Leichenbesuch sind beiden Kindern von dem Täter die Achten durchgeschnitten worden. Der Regierungspräsident hat für die Erziehung des Täters eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Die Kriminaldirektion bittet um zweckdienliche Angaben jeder Art, die zur Aufklärung des Verbrechens dienen können.

Die beiden ermordeten Kinder sind das älteste und das jüngste von den drei Kindern der Witwe Fehle, die sich mit Hilfe ihrer Eltern nur kümmerlich durchschlug. Frau Fehle und die Großeltern der Kinder sind völlig zusammengebrochen.

Hierzu meldet der Polizeibericht:

Am 5. Juni, abends gegen 10 1/2 Uhr, wurde auf der Waise Witwe an der Mauer der Technischen Hochschule durch einen Wächter der Wache und Schließgesellschaft ein größeres, verpacktes Paket gefunden. Beim Öffnen dieses Paketes wurden in demselben Körperteile von zwei Kindern, einem Knaben und einem Mädchen im Alter von 11 und 6 Jahren in zerstückeltem Zustande vorgefunden. Die Leichenteile waren in ein Stück graues Sackleinwand in der Größe von 1,20 m eingewickelt und zugebunden, und dieses war dann in einem ungefähren 200 x 60 cm großen, hellbraunen, härteren, Papier eingeschlagen und verpackt. Auf dem Papier waren folgende Worte zu lesen: „Kwer!“ und an zwei anderen Stellen „Dorf“. Die Schriftzeichen sind in schwarzer Druck auf einem besonderen Abschlußpapier aufgedruckt. Dieses Etikett ist bei der erstmaligen Verwendung des Papiers auf die Schmalseite des Paketes aufgelegt gewesen. Das Papier enthielt noch Kalk-, Zement- oder ähnlichen Staub. Zum Verschüttern des Paketes ist Bindfaden aus lose gedrehten Hanffäden benutzt worden. Die Namen der Eltern der Kinder wurden noch in der Nacht festgestellt. Einige Leichenteile fehlen und sind noch nicht gefunden worden.

Es wird dringend gebeten, der Kriminalpolizei, Schulstraße 46, Zimmer 6, Mitteilung zu machen, wer Kinder mit folgender Bekleidung nachmittags von 4 1/2 Uhr ab auf dem Wege von der Gartenstraße nach dem Postamt 2 Weiße Ohle, oder auf dem Rückweg von dort nach der Gartenstraße gesehen hat. Der Knabe trug kurze schwarze Hosen und blaue gestreifte Hosenhülse. Das Mädchen hatte ein blaues Kleid mit schwarzen aufgesetzten Rollbündchen, die von beiden Schültern nach dem Vermeiden und um den Leib herum liefen. Beide Kinder waren barfuß und ohne Kopfbedeckung. Sie hatten beide blonde Haare, das Mädchen einen schlecht geschlittenen Bogenkopf.

Für die Ermittlung der Täter hat der Herr Regierungspräsident eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Falls mehrere Personen bei der Ermittlung der Täter mitgewirkt haben, hat sich der Herr Regierungspräsident die Verteilung der Belohnung unter diese unter Ausschluß des Rechtsweges vorbehalten.

Mittel für Instandsetzungsarbeiten.

Nachdem die Stadtgemeinde auch für das Jahr 1926 zur Instandsetzung dieser Wohnhäuser Mittel für wirtschaftlich schwache Hauseigentümer bereitgestellt hat, werden Anträge auf Bewilligung dieser Mittel im Magistratsbüro II, Blücherplatz 14, Hofeingang 2, zweiter Stock, Zimmer 36, werktäglich zwischen 9 und 1 Uhr, entgegengenommen und dort die Antragsvorbrüche, sowie auf besonderen Wunsch auch die Abdrücke der allgemeinen Bestimmungen ausgegeben. Dem Antrage sind außer der Dringlichkeitsbescheinigung der städtischen Baupolizeiverwaltung Anlagen anzuhängen. Alles Nähere ist aus der Bekanntmachung des Magistrats — Abteilung für Kleinwohnungsbau — in Nr. 24 des Breslauer Gemeindeblattes vom 6. dieses Monats zu erfahren.

Sorgt für Kampfmittel!

Die riesigen Kosten für die Volksabstimmung können nicht allein durch die Mitgliederbeiträge aufgebracht werden.

Alle Parteiangehörigen müssen für weitere Kampfmittel sorgen.

Durch reichliche Zeichnung auf den von unserer Partei herausgegebenen Sammellisten, auch in den Kreisen der mit unserem Antrage auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten kämpfenden Volksgenossen, muß Munition für diesen Kampf geschaffen werden. Stärkt diese gewaltige Kampagne!

Hast Du schon in die Liste gezeichnet?

Werbt händig für unsere Zeitung!

Auslegung der Wahlordnung für die Elternbeiträge.

Für die bevorstehenden Wahlen der Elternbeiträge teilt der Amtliche Kreisliche Pressebericht aus einer Mitteilung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung aus der Auslegung der Wahlordnung für die Elternbeiträge vom 12. April 1922 folgendes mit:

Die Elternbeiträge sollen reine Elternvereinigungen sein. Deshalb steht, wenn Jünglinge von Erziehungsanstalten (Waisenhäusern, Kostenschulen usw.) öffentliche Volksschulen besuchen, das aktive und passive Wahlrecht der Eltern, den Halbweifen dem lebenden Elternteile, für uneheliche Kinder der lebenden Mutter, nicht der Anstaltsleitung zu. Dagegen haben die Leiter der Erziehungsanstalten für väter- und mütterliche Jünglinge (Vollwaisen), welche öffentliche Schulen besuchen, das aktive und passive Wahlrecht, wenn ihnen die elterliche Gewalt über diese Kinder zusteht.

Handwerksmeister und Gewerbetreibende Breslaus!

In Nummer 11 der Zeitschrift „Schlesiens Handwerk und Gewerbe“ vom 13. März 1926 ist auch von der Handwerkskammer in unversäulter Weise jene Verdrummungspolitik vor Augen gerückt worden, mit der man glaubt, noch heute immer das Handwerk zu leiten. Ueber die Frage Handwerk und Volksbegehren haben sich meistens Kreise der Handwerksmeister und Gewerbetreibenden in konsequenter Weise so entschieden, daß sie sich in die Abstimmungslisten eingetragen haben. Wenn die Handwerksmeister und Gewerbetreibenden den gefundenen Sinn, an Tatsachen zu urteilen, nicht verlieren haben, müssen auch sie zugeben, daß der Vorschlag zum Volksentscheid für sie von großem Wert ist. Leidet nicht der Handwerksmeister mehr oder minder unter der großen Wohnungsnot? Zählen nicht sie und ihre Familienangehörigen zu den Inflationsgeschädigten? Sind nicht auch sie alle mehr oder minder Kriegsoffer? Sind nicht viele Tausende von ihnen nicht auch Opfer der allgemeinen Erwerbslosigkeit? Die Empörung der Handwerksmeister und Gewerbetreibenden über die Schicksale der Handwerkskammer ist riesengroß. Auch in Nummer 22 vom 29. Mai erlaubt sich der Innungsausschuß von Breslau eine Knödelung der Handwerksmeister und Gewerbetreibenden gegenüber, wie man sie schlimmer nirgends finden wird. Nachstehend geben wir sie verkleinert wieder:

Handwerk und Volksbegehren.

Die Handwerker und Gewerbetreibenden müssen wissen, was sie tun. Es wird eine große Propaganda gemacht für die Enteignung der Fürsten. Jeder wird dafür sein, daß diese Fürsten verhältnismäßig nicht mehr erhalten, als jeder um seine erpärten Groschen gekommene Handwerker. Wer für die Enteignung stimmt, schafft sich dadurch selbst die Möglichkeit, des mühsam Erworbenen beraubt zu werden.

Die Vollerfassung des Innungsausschusses zu Breslau hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß eine entgeltliche Enteignung, die man sich richten gegen irgend jemand, ein Rechtsbruch ist, der von einem gerade denkenden Menschen nicht zu vertreten ist.

Handwerker und Gewerbetreibende, geht nicht zur Abstimmung, macht Euch nicht zu Mitschuldigen an einem Verbrechen an anderen und an Euch selbst!

Breslau, den 27. Mai 1926.

Innungsausschuß zu Breslau.

Dieser Aufruf soll dazu beitragen, angeblich das Handwerk, vielmehr aber die Fürsten und ihre Sippe, zu retten. Nicht nur in diesem Innungsblattchen wird jetzt die schärfste reaktionäre Politik getrieben, sondern auch in der sogenannten unparteiischen Zeitung, den „Neuesten Nachrichten“. Wer diese Zeitung noch länger liest, beschämt und schämt sich selbst, darum hinaus mit ihr aus den Wohnungen der Handwerksmeister.

Die Handwerksmeister und Gewerbetreibenden Schlesiens werden trotz der Warnungen des Innungsausschusses am 20. Juni zum Volksentscheid mit „Ja“ stimmen, um sich und ihrer Existenz am besten zu dienen.

* Die Stadtverordneten haben nächsten Donnerstag Sitzung. Der Etat dürfte endgültig verabschiedet werden. Die Kommunitäten haben einen Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, in dem zur Abstimmung über die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten aufgeföhrt wird und weiterhin zur Unterstützung der Agitation des Reichsausschusses für Jahresenteignung 10 000 Mark zu bewilligen und an den reichs-jährlich abzuführen.

* Silberhochzeit feierte dieser Tage das Ehepaar Karl und Maria Schönfelder, Körnerstraße 90. Genosse Schönfelder ist seit 30 Jahren politisch und gewerkschaftlich organisiert und Leiter der „Volkswehr“. Das Paar wohnt auch schon seit 25 Jahren im gleichen Hause. Wir gratulieren bestens!

* Reichs-Arbeiterparlament. Der umfangreiche Bericht über die Sonntagsveranstaltungen des Sporttages erfolgt wegen Raummangels erst in der morgigen Sportbeilage.

* Von der Technischen Hochschule. Der Wirtschaftsgeograph der Technischen Hochschule, Professor Dr. Bruno Dietrich, hat seinen eine Berufung als Gastprofessor für die Monate März und April 1927 an die Clark Universität in Worcester, Mass. erhalten. Er wird dort in englischer Sprache Vorlesungen über „Die Hauptwege des Welthandels“ und über „Die wirtschafts-geographischen Bedingungen in Zentralamerika“ abhalten.

* Die nächste Lesehalle I, Klosterstraße 28, ist vom 7. Juni bis 4. Juli geschlossen. Die ebendort befindliche Volksschule ist geöffnet.

* Hans Berlow und seine Söhne werden nach mehrjähriger Pause in der zweiten Hälfte des Monats wieder nach Breslau kommen, um den zahlreichen Freunden ihrer Kunst ihre Spiele vorzuführen. Für das Gastspiel, das im Theater stattfinden wird, sind die Tage vom 19. bis einschließlich 23. Juni in Aussicht genommen. Zur Aufführung gelangt der „Totentanz“ von Schopenhauer. Außerdem sollen am 19. und 23. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr, Märchenstücke für die Volksschuljugend stattfinden. Alles Nähere über den Verlauf der Eintrittskarten usw. wird noch bekanntgegeben werden. Hingegen gilt es nur noch, daß dieses Gastspiel das letzte sein dürfte, das Hans Berlow veranstaltet. Soweit bekannt, will er sich dann nach Dornach begeben, um dort weiterer Studien zu leben.

* Das Magistratsbüro I, zu dessen Aufgabengebiet die Angelegenheiten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, der bürgerlichen Arbeitsgerichte einschließlich der Kaufmanns- für Eisenbahnfreizügigen und die arbeitsgerichtliche Kammer des Schlichtungsausschusses Breslaus II, die Innungsgerichtsgerichte, das Stadtsanitäts- und die Militärangelegenheiten der Stadt gehören, wird am Mittwoch den 2. Juni, aus dem Grundbuch Nr. der Ellisenbergstraße 10, am Springerkreuz 55 (Eisenbahn) verlegt. Während des Umzuges bleibt das Büro für den Publikumsverkehr geschlossen, der Dienstbetrieb wird nur für unabweisbare Angelegenheiten aufrecht erhalten.

* Opern- und Konzertsaal. Am Sonnabend, nachmittags 10 Uhr, kam der Sächsischer Opernsänger Paulus aus Kien-

Stadauschte, Kreis Trebnitz, mit einer hochbeladenen Fuhrer die Frankfurter Straße entlang, gefahren. Im Schlachthofe wollte er einen auf der rechten Seite haltenden Fuhrer ausweichen und fuhr etwas nach links. In diesem Augenblick kam von der Ausstellung her ein Straßenbahnzug in voller Fahrt und fuhr mit voller Geschwindigkeit in den mit Heu beladenen Wagen hinein. Der Fuhrer stolzte und dessen Sohn, die oben auf dem Wagen saßen, wurden im großen Bogen auf die Straße geschleudert. Der Sohn klagte über heftige Schmerzen im Gesicht und in den Hüften, während dem Vater weiter nichts passierte. Der ganze hochbeladene Heuwagen wurde umgeworfen und mittendurch gebrochen und der vordere Teil quer über die Straße geschleudert, der hintere Teil des Wagens wurde vollständig zertrümmert, so daß der Verkehr der Gießerei etwas stockte. Die an der Freibank befindlichen Männer halfen die übrigen Teile auf die Straße schaffen.

* Ein Bulle von 27 Zentnern, zurzeit wohl der schwerste von ganz Deutschland, wurde von dem Viehhofhändler von Alfred Thelshag-Bernstadt auf dem Dominium Goldschmieden gekauft, und an die Wurst- und Konervenfabrik von Richard Krusch in Breslau, Adalbertstraße, zur Abschachtung weiter verkauft. Armer Bulle, um dich ist es nun geschehen!

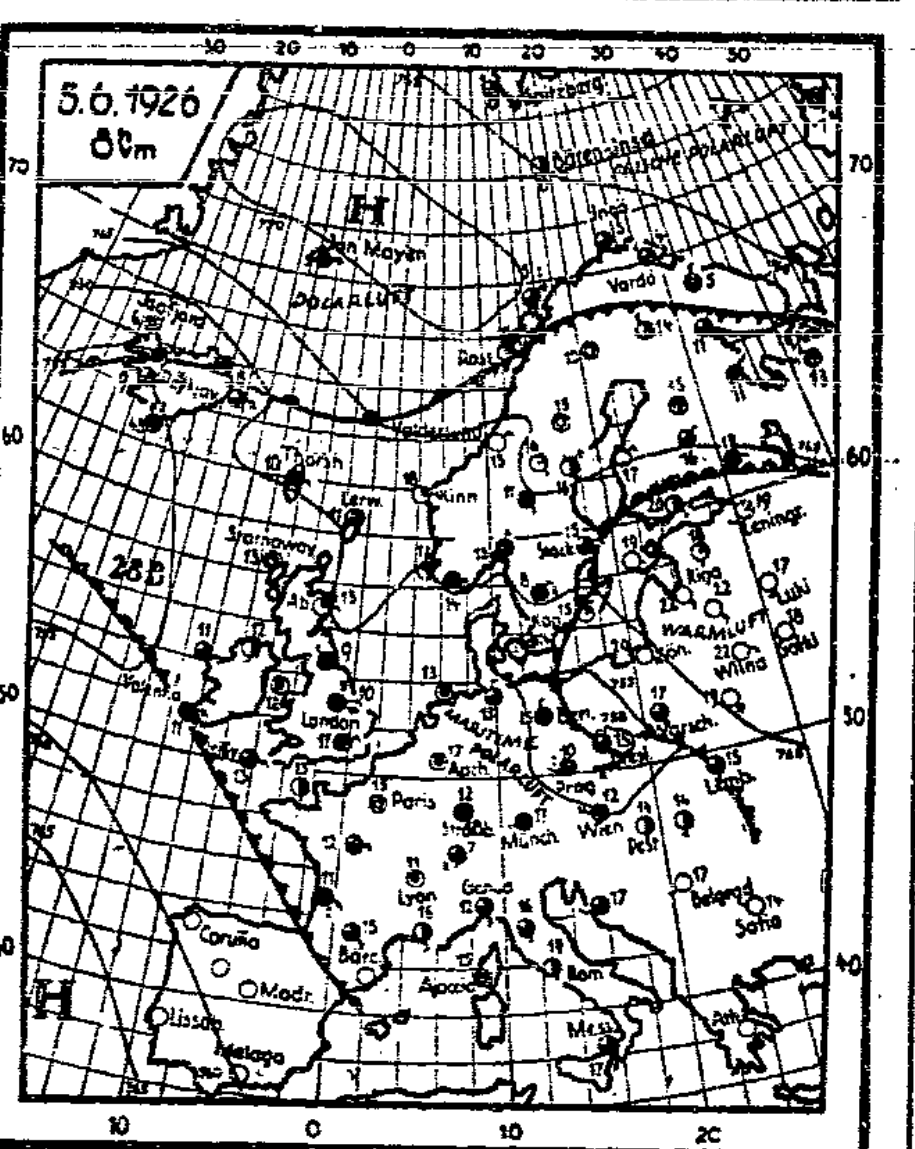
Arbung!

Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gesellschaftshaus „Wratistawia“, Mauritiussplatz, 1. Etg., eine wichtige

Versammlung sämtlicher Funktionäre der SPD.

statt.

- Tagesordnung:**
1. Der Aufmarsch der Parteien zum Volksentscheid. Referent Genosse A. Pietisch.
 2. Die technischen Arbeiten.
- Zur Funktionärerversammlung haben zu erscheinen: die Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Bezirksstapler, Revisoren und Schriftführer der Distrikte, Betriebsvertrauensleute, Beamtenvertrauensleute, Mitglieder der Pressekommission und des Bildungsausschusses, die Stadtverordneten und Stadträte, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Provinz, Staat und Reich.
- Zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich. Jeder Distrikt muß möglichst zahlreich antreten.



Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieten bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

In der Kalkluft, die hinter der Störung 28 X am Sonnabend in Schlesien einbrach, kam es im Tiergebirge und im Quellgebiet der Ober- zu wolkenbruchartigen Regenfällen. Vom Oberlauf der Oder und von den Riesen- und Tiergebirge entspringenden Flüssen wird Hochwasser gemeldet. Im Bereich der Kalkluft heiterte es am Sonntag teilweise auf und vielfach kam es zu Gewitterregen von örtlich sehr verschiedener Stärke. Da Schlesien zunächst noch im Bereich der nunmehr zusammensinkenden Luftmassen verbleibt, so wird die Witterung m. örtlich sehr verschiedenen Charakter zunächst noch anhalten. Später dürfte sich jedoch wärmeres Wetter mehr und mehr durchsetzen. — Aus-sichten: Bei schwacher Luftbewegung wolkiges Wetter, vielfach Gewitter oder Gewitterregen, etwas wärmer. — Aus-sichten für die schlesischen Gebirge: Bei mäßigen westlichen Winden wolkiges Wetter, Regenrisiko noch neblig, vereinzelte Regenschauer, etwas wärmer.

Beste Wetternachrichten.

Datum	Temperatur			Wetter	Wind	Wetter- schlag	Wasser- höhe
	heut	Morgen	Nach-				
7. 6. 26.	14	21	13	Regen	SS 2	18.7	
Krieten	14	18	4	Kabel	SS 5	5	
Schneeberg	14	25	13		SS 2	2.0	
Oberberg	11	15	10	bedeckt	SS 4		
Waldberg	8	—	—	Regen	SS 3		
Waldberg	5	12	5	Kabel	SS 2	0.5	
Reinerz	11	15	10	bedeckt	SS 3	0.4	
Land	14	18	9	wolkig	SS 2	gering	
Waldberg	14	19	12	bedeckt	SS 2		
Waldberg	11	15	10	bedeckt	SS 2		
Waldberg	11	19	13	wolkig	SS 3	1.3	
Waldberg	14	19	13	bedeckt	SS 3	1.5	
Waldberg	8	12	6	Kabel	SS 3		
Waldberg	14	19	13	bedeckt	SS 2	0.5	
Waldberg	14	19	13	wolkig	SS 2	2	
Waldberg	15	18	12	bedeckt	SS 2	0.0	
Waldberg	—	—	—	—	—	—	
Waldberg	12	15	11	—	SS 2	7	
Waldberg	15	19	13	—	SS 2		

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Nummer 36
Telephon: Dble 5852.

Wittung, erweitertes Parteiprogramm Dienstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung im Gesellschaftshaus „Wratistawia“, Mauritiussplatz, 1. Etg. Wichtige Tagesordnung. Alles antreten. Politische Aufklärung zum Volksentscheid!

Alle Parteimitglieder Transparente, die vom Volksbegehren aus noch zurückgehalten wurden, sind umgehend im Parteisekretariat abzugeben, da sie anders beliebt werden. Gilt sehr!

Abteilung Sandberg, Deute, Montag, abends 8 Uhr, im Lokal Klenner: Eltern-Versammlung. Alle Gewerkschaften und Gewerkschaften, Elternbeiträge, müssen unbedingt erscheinen.

Abteilung Scheinzig und besonders Distrikt 25, Montag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Wichtige Sitzung der Funktionäre des Komit. Alle Elternbeitragsmitglieder haben auch zu erscheinen.

Abteilungsleiter, Vöpelwig und Nikolator, Scheinzig und Gräbichen, Montag, den 7. Juni, 10 Uhr, material abholen.

ED-Mitglieder sämtlicher Kolonnen, Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshaus, wichtige Zusammenkunft. Parteimitragsbuch und Bindung legitimieren.

Von den Arbeiterkinderkreisen.

Seifer, Donnerstag, 8 Uhr, Volksschule, Fürstenstraße: Helferberechnung. Der „Kinderfreund“ ist abzurechnen.

Gruppe 1 (Oblauer Tor), Montag, 5 Uhr, Zusammenkunft der Mütter; Mittwoch, 5 Uhr, Letztere Gruppe; Freitag, 5 Uhr, Jüngere Gruppe.

Gruppe 2 (Scheinzig), Montag, 5 Uhr, Monatsversammlung im Heim, naher Spiel und Tanz auf der Witwewiese; Donnerstag, 5 Uhr, Spiel und Tanz. — Sonntag treffen sich alle Eltern und Kinder morgens 10 Uhr, am Brausebad. Für Kinder von 4 bis 10 Jahren 5 Pfennige Fahrgeid, für 10- bis 20 jährige 75 Pfennige Fahrgeid, für Erwachsene eine Mark Fahrgeid. Für die 10- bis 20 jährigen muß das Fahrgeid bis spätestens Donnerstag abgeholt werden, weil dies auf besonderen Schreit fahren.

Gruppe 3 (Oberer), Montag, 5 Uhr, Seife; Donnerstag, 6 Uhr, Kegerprobe; Freitag, 6 Uhr, Zusammenkunft im Heim.

Gruppe 4 (Mühlplatz), Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag, 5 Uhr, Zusammenkunft aller Kinder in der Volksschule, Krilichstraße.

Gruppe 5 (Gräbichen), Mittwoch und Freitag, 4 Uhr, Treffen aller Kinder an der Karoluzstraße, Sonntag, Fahrt.

Gruppe 6 (Streblener Tor), Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend, 10 Uhr, Kaufhaus Süd-Ost; Treffen aller Kinder, die Schwimmen lernen wollen, Mittwoch, 5 Uhr; Die Kinder, die nicht Schwimmen lernen, treffen sich zu Spiel und Tanz an der Parade; Freitag, Gemeinschaftsnachmittag.

Einkehr. Alle langgestundigen Kinder treffen sich Dienstag, 5 Uhr, am Stadigraben, Ecke Oblauer Straße. Jede Gruppe soll mit mindestens 10 Kindern vertreten sein.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Victoria-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr, zum 40. Male, die größte Sensation der Saison „Lebenslänglich“, 5 Bühnen-Akte von Alfred Herzog. Jugendliche unter 18 Jahren ist der Zutritt verboten.

Schlesisches Landesorchester, Morgen, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, findet im Sinfoniekonzert unter Leitung von Herrn H. Schärer statt.

Stadt-Theater.

„Der Freischütz.“

Des 100. Todestages Carl Maria v. Webers (gest. am 5. Juni 1826 zu London) wurde mit einer sehr notwendigen heftigen und musikalischen Aufführung des „Freischütz“ gedacht. Prof. Turnau rückt erfreulicherweise in seiner Jugenerziehung immer mehr von hypermodernem Stilarten ab. Den Waldbildern wurden zwar Laub und Baumtronnen fort, nicht! Altbalds Stube deutete durch ihre bürstige Ausstattung nicht auf die Wohlhabenheit der Erbforsterei hin, aber die Szenerie war überall deutlich und lenkte nicht durch Symbolisierungskünste vom Musikalischen ab. Das Volksfluchtproblem, eine der schwierigsten Bühnentechnischen Aufgaben, vermochte Turnau jedoch ebenso wenig zu lösen wie seine Vorgänger. Er stellte eine zwar gerüstete, aber gar nicht grausenerregende Schlucht, ohne Wasserfall und Tierungeheuer, hin und hebt sich die Hauptwirkung bis zum Eintritt des Gewitters auf. Dann zieht das „wilde Heer“ als Lichtbild am Himmel vorüber, der, hell bewölkt, keine gute Projektionsfläche darstellte. (In der Generalprobe gelang das besser.) Ein durch nichts gerechtfertigtes Experiment ist die Umwandlung der Schlucht in eine freundlichere Gegend, Zusammenspiel und musikalische Ausführung waren gegenüber der vorigen Inszenierung wesentlich verbessert. Das Streben nach Verinnerlichung wurde spürbar. Kapellmeister Ernst Mehlisch errang bereits mit der virtuos gespielten Ouvertüre einen Bombenerfolg. (Ueberriebene Luftpauken versehen jedoch ihre Wirkung, wenn sie nicht durch genügend Steigerung vorbereitet sind.) Josef Witt vertiefte sich in seinen Freischützen. Stimmling gut disponiert, bietet die Gesangsleistung von schlechten Ungewohnheiten nicht immer frei. Alfred Glack hatte als Runo mit guter Deklamation aufzuwarten, Max Koller machte den Bauern Kilian behäbiger als es seiner Jugend anfang, als Eremit wirkte Eugen Fuchs in jeder Hinsicht vorzüglich. Die übrigen Partienvertreter wurden aus der glücklich Aufführung übernommen. Käthe Heidersbach (Agathe), Elli Mizlow (Knechtchen), Geerd Herm. Andra (Calpar) erwießen sich als gute Stützen. Etwas bläß wirkte der Fürst R. A. Neumanns. Um die Leistungen des Chores (insbesondere des Männerchores) war es nicht zum besten bestellt. Alfred Wahaus Bühnenbilder verdienen Anerkennung. Die „Festausführung“ war sehr gut besucht und wurde beifällig aufgenommen. W. S. der.

Filmschau.

Breslauer Konzerthaus. „Das Blumenwunder.“ Ein Film vom Werden und Vergehen der Pflanzen. In unendlich mühevoller, zettraubender Arbeit — vier Jahre lang — ist es gelungen uns ein genaues Bild von der Geburt der Pflanze unter Wachsen, Entfalten und Verblühen zu schaffen. Tausende von Aufnahmen für jede Pflanze waren notwendig, um die einzelnen Phasen der Entwicklung zeigen zu können. Unendlich reizvolle Bilder haben wir vor uns: wir sehen zum Beispiel die einzelnen Blätter der Rose, der Chrysantheme sich aufrollen, ein Blatt nach dem anderen, bis die voll entfaltete Blüte vor uns steht. Nicht immer leicht gehen Geburt und Entwicklung vor sich; dies sehen wir am besten an den verschiedenen Kletterpflanzen, deren Ranken oft mühsam den Halt suchen müssen, sollen sie nicht vorzeitig verwelken.

Umrahmt wird das „Blumenwunder“ von reizvollen Blumenmännchen, in denen höchst charakteristisch das Werden und Vergehen der Pflanze von guten Charakter in symbolischer Form veranschaulicht wird. Besonders beachtenswert erworb sich Ursele-Kenale Hirt mit ihren Lanphanten.

Als Einleitung gibt es einen prägnanten amerikanischen Hunder- und Affenfilm.

Freizeit-Theater. „Der Klub der Harlem.“ Dieser Name erinnert uns an den bekannten Spielklub, der vor Jahren einiges Aufsehen erregte. Der Film, der uns hier unter diesem Titel vorgeführt wird, schöpft auch seinen Stoff aus dem Willen der Spieler. Internationale Spielhöllen, hundert Szenen aus dem Nachleben der Großstädte rollen an unseren Augen vorbei. Eine Frau, etwas Liebe und viel Leidenschaft spielen hier natürlich auch eine große Rolle. Die Handlung ist flott und reich an spannenden Momenten. Alles in allem: einer jener guten amerikanischen Filme, die man immer gern sieht. — Auch das Teilprogramm ist wieder recht nett.

Große Reichsbannerkundgebung in Gleiwitz.

(Eigener Drahtbericht.)

Im Rahmen einer Grenzlandtagung fand am gestrigen Sonntag in Gleiwitz eine große republikanische Kundgebung statt.

Dr. G. S. L. sprach über die staatsrechtlichen Aufgaben des Reichsbanners. Er erklärte, daß jedem erhaltenen Auftrage des Reichsbanners die Flaggentrage keine Schwärzung bereite, daß für ihn die schwarz-rot-goldene Fahne eine Selbstverständlichkeit sei.

Reichstagsabgeordneter Kanonikus Ullrich sprach dann als Vertreter des ober-schlesischen Zentrums über die Stellung seiner Partei zur Republik. Er erklärte, die Republik sei die Staatsform, die eines mündigen Volkes am würdigsten sei.

Gerade als Ober-schlesier haben wir besondere Ursache, treu zur Republik zu stehen. Nirgends haben sich die Mängel des verfallenen Staatswesens so ausgeprägt, wie in Ober-schlesien.

Im Anschluß an die wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochenen Rede Ullrichs übertrug Reichstagsabgeordneter Gen. Stellung dem ober-schlesischen Reichsbanner die Grüße des Bundesvorstandes und des Reichsausschusses.

Für die Demokratische Partei sprach Landtagsabgeordneter Herrmann, der das ober-schlesische Reichsbanner ermahnte, den Geist der Kameradschaft zu pflegen.

Die Grenzlandtagung wurde am Nachmittag durch einen riesigen Demonstrationsszug durch die reich mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückte Stadt abgeschlossen.

Zu dem Grubenunglück in Zellhammer ist noch nachzutragen, daß der Hauer Rötig durch die Verhüttung starke Querschnitte an beiden Beinen erlitten hat.

Ein weiterer tödlicher Unglücksfall wird vom Juliusshacht in Weikstein gemeldet. Der Hauer Artur Wolf aus Altwasser wurde, als er im Begriffe war, seinen Arbeitsort durch Stempel zu sichern, durch Steinfall von oben verschüttet.

Auf dem Kulmischen Steinkohlenbergwerk wurde der Schlepper Gustav Schiffmann aus Zellhammer beim Zusammenstoßen von Förderwagen plötzlich mit voller Wucht zur Seite geschleudert.

Muras. Stadtverordnetenversammlung. Am Montag, den 7. d. M., abends 7 Uhr, findet im Sitzungssaale eine Stadtverordnetenversammlung statt.

Guhrau. Ein fideles Ober-Landjäger, scheint Herr König aus Reckau, Kreis Guhrau, zu sein. So wurde vor einiger Zeit dem Landrat in Guhrau eine Beschwerde überreicht.

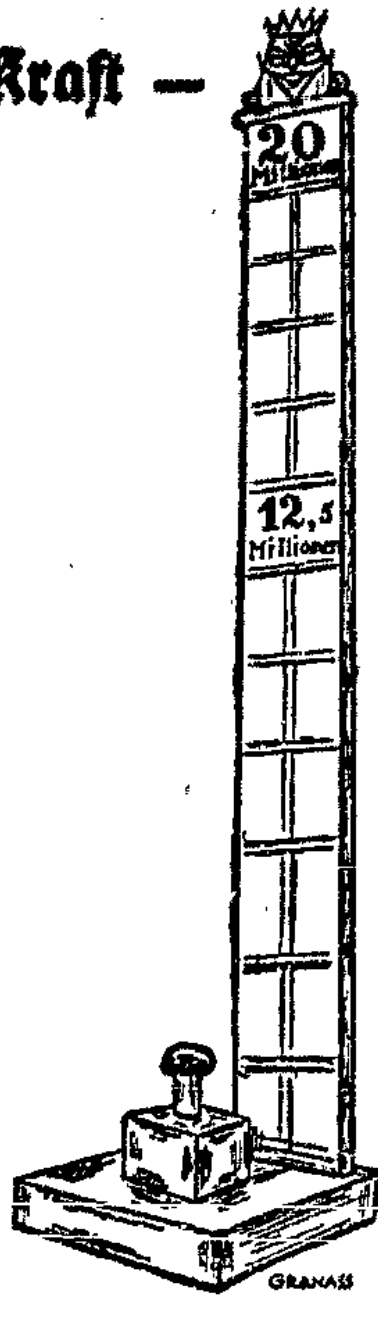
Striegau. Infame Rüperei. Das in der Nähe von Striegau neu errichtete, äußerst schmutzige Heim der Schlesischen Arbeiterjugend ist begriffslos für alle reaktionär denkenden Kreise.

Niesitz. Todeskurz mit dem Motorrad. Der Lehrer Meißel aus Petershain bei Niesitz wurde am 19. d. M. bei einer Fahrt mit seinem Motorrad von einem Stein getroffen.

Neumarkt. Volksscheid über Entzierung der Kürzenermägen. Die Stimmliste des hiesigen Stadtdistrikts für die am 20. Juni stattfindende Abstimmung liegt vom 6. bis 13. Juni im Rathaus zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Neumarkt. Die Auszahlung der Sozialrenten. Die Auszahlung der Sozialrenten unterstützung erfolgt am morgigen Dienstag, den 8. Juni.

Mit aller Kraft



dann schaffen wir 20 Millionen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Der Terror gegen den Volksscheid

macht sich auf dem Lande wieder stark bemerkbar. Am Sonntag hielt zum Beispiel die SPD. in Zwickrodt, Kreis Breslau-Land, eine Versammlung für den Volksscheid ab.

Schwoititz. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners veranstaltete am vergangenen Sonntag ihre Bannerweihe. Von nah und fern waren die Ortsgruppen herbeigeeilt.

Arieten. Der neue Gemeindevorsteher ist der Eisenbahn-Betriebsingenieur auf Warthegeb. Koh und nicht der Oberbrenner Koh, wie neulich in einem Artikel bemerkt wurde.

Deutsch-Wissa. Parteigenossen, Gewerkschaftskollegen, Reichsbannerkameraden! Der Volksscheid rückt nun immer näher. Damit wir aber die Agitation in Deutsch-Wissa, sowie in den umliegenden Dörfern voll und ganz erfüllen können, benötigen wir dringend auch eurer Hilfe.

Neumarkt. Volksscheid über Entzierung der Kürzenermägen. Die Stimmliste des hiesigen Stadtdistrikts für die am 20. Juni stattfindende Abstimmung liegt vom 6. bis 13. Juni im Rathaus zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Neumarkt. Die Auszahlung der Sozialrenten. Die Auszahlung der Sozialrenten unterstützung erfolgt am morgigen Dienstag, den 8. Juni.

Brüder unter Ra.

Der „Landmann“ bringt in Nr. 127 (a) als Stimmungsmaße gegen den Volksscheid unter „Auslandsstimmen“ zum „Volksscheid“ einen Artikel eines holländischen Bankiers in einem Wochenblatt, der wie folgt lautet: „Wir müssen gestehen, der Volksscheid beunruhigt uns.“

Das klingt zunächst bedenklich. Jedoch bevor wir den Kernpunkt des Schreibens dieses „bekannten“ (Name nicht genannt) Bankiers betrachten, wollen wir auf einige Einzelheiten eingehen. Der Herr Verfasser dieses Briefes nennt den Volksscheid eine „billige Waise, die seiner Verpflichtungen“ zu entziehen gegenüber einer bestimmten Gruppe Deutscher (die zum größten Teil überall, nur nicht in Deutschland wohnt), nachdem diese alle Prozesse gewonnen hätte.“

Nun der Kernpunkt des Briefes, den man so zwischen den Zeilen herauslesen kann. So international wie das Kapital in allen seinen Handlungen gegen Arbeitnehmer und jede republikanische Bewegung ist (in dieser Internationalität und der dadurch bewirkten Solidarität liegt eine Stärke), so international ist die wahnsinnige Angst um den eigenen Geldsack und Besitz. Nur wer die durch Blut und Schweiß Arbeitender gekennzeichnete Aera der Bourgeoisie und des Kapitalismus kennt, weiß, daß diese Furcht nur zu begründet ist.

Der Volksscheid wird Erfolg haben, trotz des Geminskels aller holländischen Geldadproger!

Eröffnung der Badeanstalt. Wie bekannt geworden ist, soll die Eröffnung bezw. Einweihung der Badeanstalt am 18. Juli stattfinden. In diesem Tage ist ein großes Volks- und Sportfest geplant. Hoffentlich verzicht der Magistrat bei Einladung der Sportvereine hierzu nicht, daß es in Nimpfisch auch einen Arbeiter-Radfahrer-Verein gibt.

Aus aller Welt.

Thomas Mann Professor.

Thomas Mann, der aus Anlaß der 700-Jahrfeier in seiner Vaterstadt Lübeck weilt, wurde vom Senat zum Professor ernannt.

Schwelcher in der Schmalen Schweiz.

Das von unzähligen Wanderern stark besuchte Gebiet der Sächsisch-böhmisches Schweiz ist am Sonnabend von einer schweren Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden. Am stärksten ist betroffen die Strecke zwischen Lauba und Schmiltka, das Gebiet hinter Ruchthal und Zwickshor.

Der Gerichtsschöffe hat sich selbst getötet.

Der Detektiv Erwin Lange, der am 20. Mai in Berlin auf den Gerichtshof, vor dem er als Angeklagter stand, fünf Schüsse abgab und sich dann selbst durch einen Lungenschuß verletzte, ist seiner Verwundung erlegen.

50 Berliner Klubs trotzengelegt

hat das Berliner Polizeipräsidium, indem es allen nichtkonfessionierten Klubs jeglichen Ausschank von Getränken untersagte. Damit ist ihnen praktisch die Voraussetzung für ihre weitere Existenz entzogen. Welchen Klubs werden nur noch etwa 50 Klubs. Die sogenannten Klubs, die das Polizeipräsidium in seiner Verfügung betroffen hat, waren keine Klubs im eigentlichen Sinne, sondern Privatunternehmen gewisser Geschäftsleute, die unter dem Deckmantel eines Klubs Geschäfte machen wollten und damit das Gastwirts-gewerbe schädigten, das zudem um die Einhaltung der Polizeistunde gebunden ist.

Frau Lubendorff löst sich scheiden.

Schon seit längerer Zeit spricht man in München von der Ehehebungsaffäre, die die Frau des Generals von Lubendorff gegen ihren Herrn und Gebieter Erich angestrengt hat. Nunmehr fand am Freitag, den 4. Juni, im Justizpalast bereits der zweite Termin statt, dessen Verhandlungen aber wiederum mit der Anfechtung eines neuen Termins endeten. Was die Frau Lubendorffs zu dem Schritt veranlaßt hat, ist unbekannt.

Selbstmordversuch der Gräfin Bolkmer.

Einen Selbstmordversuch hat die vielgenannte Potsdamer Gräfin Bolkmer unternommen. Die Gräfin war in letzter Zeit, um ihren Lebensunterhalt zu fristen, in einem Berliner Kintheater als Prologrecherin aufgetreten. Ihr geschiedener Mann hatte darauf angedroht, ihr nicht nur die Kinder zu nehmen, sondern ihr auch seinen Namen entziehen zu lassen. Die Gräfin sah sich durch diese Drohung ihrer letzten Existenzmöglichkeit beraubt und nahm in ihrer Wohnung Veronal, um ihren Leben ein Ende zu bereiten. Einem Arzt gelang es jedoch, sie wieder zum Bewußtsein zurückzubringen.

Eine Statistik über wichtige Todesursachen in Preußen.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat im vierten Vierteljahr 1925 die Zahl der Gestorbenen gegen den gleichen Zeitraum 1924 um fast 5000 zugenommen; die Sterbeziffer ist von 116,17 auf 120,56 gestiegen, berechnet auf 10.000 Einwohner. Diese Zunahme erstreckt sich auf fast alle wichtigen Todesursachengruppen. Allein die Sterbefälle an übertragbaren Krankheiten sind um etwa 2000 gestiegen oder von 25,47 auf 27,45 auf 10.000 Einwohner. Die Steigerung beruht zum weit größeren Teile auf einer Zunahme der Sterblichkeit bei Malaria und Cholera (1409 Todesfälle im Berichtsjahr gegen 185 im Jahre 1924) und Lungenerkrankungen, während die Sterbeziffern der übrigen übertragbaren Krankheiten einschließlich Tuberkulose fast unverändert geblieben sind, abgesehen von einer geringeren Zahl, als im Berichtsjahr 1924. Bei der allgemeinen Zunahme der wichtigen Todesursachen ist ganz besonders auf die stetige Steigerung der Sterblichkeit an Herzkrankheiten und Selbstmord hinzuweisen.

Gewerkschaftsbewegung.

Abchluss der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die achte Arbeitskonferenz wurde am Sonntag mit der Annahme der Konvention über die Auswandererpflicht an Bord, sowie Entschuldigungen über Weiterverfolgung der Auswandererfragen, Aufnahme der Arbeitslosenversicherung in die Tagesordnung einer nächsten Konferenz und dem Austrag an das Arbeitsamt, die Regierungen der Londoner Arbeitsministerkonferenz um Ratifizierung der Arbeitslosenkonvention zu ersuchen, geschlossen. Die Arbeitslosen-Entschuldigungen wurden mit einem Zusatzantrag des Gewerkschafts-Mitglieds angenommen, dass die Arbeitsvermittlung nur durch öffentliche oder unter öffentlicher Kontrolle stehende Ämter stattfinden solle.

Zuwachs in den Berufsinternationalen.

Einige recht erfreuliche Anschlüsse an die Berufsinternationalen sind zu verzeichnen. So ist der Anschluss der amerikanischen Textilarbeiter an die Internationale der Textilarbeiter, der Beitritt des amerikanischen Verbandes der Zimmerer und Tischler zur internationalen Union der Holzarbeiter und der Beitritt des norwegischen Verbandes der Schneider zur internationalen Bekleidungsarbeiterföderation zu nennen. Ferner ist anzuführen die Vergrößerung der internationalen Transportarbeiterföderation, der sich in der letzten Zeit eine Reihe von Verbänden angeschlossen haben, so der Maschinistenbund und der Chauffeurbund der Tschechoslowakei, der Deutsche Eisenbahnpersonalverband, ein jugoslawischer Eisenbahnbeamtenbund, die Britisch-Indische Eisenbahngewerkschaft und der Deutsche Seemannsbund, insgesamt (mit Ausnahme des letzteren) etwa 90 000 organisierte Arbeiter.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Bohum, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In einer Unterredung erklärte ein Mitglied des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationalen, das an der letzten Sitzung des internationalen Bergarbeiterkomitees in Brüssel teilgenommen hat, dass nach seinen Eindrücken die englischen Bergarbeiter entschlossen seien, den Kampf bis zu einem erfolgreichen Abschluss durchzuführen. Die Meinungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen Cool und Hodges, sowie ein Abblauen der Streikfront, die bereits in verschiedenen Distrikten zur Wiederaufnahme der Arbeit geführt haben soll, seien durchaus tendenziös. Man müsse bei der Beurteilung der Streiklage in England die Höhe des Angebots richtig einschätzen. Arbeitskämpfe in den angelsächsischen Ländern, bei denen es sich um derart grundlegende Lohn- und Arbeitszeitfragen, wie die der streikenden britischen Bergarbeiter handele, würden mit größter Fähigkeit bei norddeutscher Rohrung der gewerkschaftlichen Disziplin durchgeführt. Erinnerung sei an die früheren Wochen und Monate dauernden Arbeitskämpfe in den einzelnen englischen Bergbau distrikten.

Es dürfte deshalb mit einer plötzlichen Beendigung des englischen Bergarbeiterkampfes nicht zu rechnen sein. Was die Finanzierung des englischen Bergarbeiterkampfes anbelangt, so dürfte auf keinen Fall eine Erschöpfung der Streikgelder in absehbarer Zeit zu einem Abbruch des Kampfes führen. Eine zentrale Streikkasse ist nicht vorhanden, ebenso werden die Streikgelder nicht einheitlich, sondern distriktweise festgelegt. Hierbei helfen die finanziell leistungsfähigeren Distrikte den finanzschwächeren aus. Im übrigen werden die Sammlungen zugunsten der streikenden englischen Bergarbeiter durch sämtliche internationale Organisationen erfolgreich fortgesetzt. Was die finanzielle Seite des Streiks angeht, so ist durchaus die Möglichkeit der Fortsetzung der Streikaktion bis zum Herbst gegeben. Im übrigen macht die Organisation der örtlichen Hilfsaktion sowie die Einrichtung von Suppentischen in den betroffenen Distrikten täglich Fortschritte. Es ist nicht zu übersehen, dass auch die bürgerlichen Kreise in England auf charitativem Gebiete durchaus Anerkennungswertes für die streikenden englischen Bergarbeiter und vor allem für die am meisten betroffenen Opfer dieses Arbeitskampfes, für die Kinder, leisten. Kennzeichnend für die geistige Einstellung der Engländer, die auch im Arbeitskampf das Prinzip des fair play nicht außer acht lassen, ist die Spende des Prinzen von Wales für die streikenden britischen Bergarbeiter. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der britische Bergarbeiterkampf mit vorbildlicher Disziplin und zäher Ausdauer geführt wird, Voraussetzungen, die den Erfolg verbürgen, den die deutschen Bergarbeiter ihren britischen Kameraden von ganzem Herzen gönnen.

Der englische Thronfolger spendete der Unterstützungskasse für die streikenden Kohlenarbeiter die Summe von zehn Pfund. In einem Begleitbrief erklärte er: „Es ist mir begreiflicherweise unmöglich, in irgendeinem derartigen Streitfall Partei zu ergreifen; aber wir alle schulden den Grabenarbeitern tiefe Dankbarkeit für ihre Leistungen im Krieg, und ein jeder muß Mitleid mit ihren unglücklichen Frauen und Kindern fühlen. Außerdem kann man es nicht als befriedigende Lösung eines Konflikts betrachten, wenn die eine Partei lediglich durch die Leiden ihrer Familien zum Nachgeben gezwungen wird. Ich vertraue jedoch darauf, dass die noch bestehenden Differenzen bei beiderseitigem guten Willen eine glückliche Lösung finden werden.“

In Deutschland wäre so etwas immerhin unmöglich.

Nach der deutsch-österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Mitgliederbewegung. Die Zahl der Vollzahler, das sind Mitglieder, die volle 52 Wochenbeiträge oder 12 Monatsbeiträge entrichtet haben, ist leider auch im Berichtsjahr 1925 wieder zurückgegangen. Nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung der Vollzahler seit dem Jahre 1919. Es betrug:

Jahr	Zahl der Vollzahler	Rückgang	Zuwachs
1919	378 381	—	115 573
1920	777 585	—	393 204
1921	641 650	129 936	—
1922	850 394	—	208 735
1923	714 115	136 279	—
1924	687 376	26 739	—
1925	642 354	45 022	—

Nach dieser Tabelle war also im Jahre 1925 ein Rückgang von 57 022 Vollzahlern zu verzeichnen. Die neueste Abnahme der Vollzahler ist durch die Verschärfung der Mitgliedsregeln zu erklären. Während die Durchschnittszahl im Jahre 1924 126 518 Arbeitslose umfaßt, ist im Jahre 1925 die Durchschnittszahl der Arbeitslosen auf 193 620 oder um 67 102 gestiegen. Daraus erklärt sich zur Genüge der zunehmende Rückgang der vollzahlenden Mitglieder. Die zunehmende Arde hat den Gesamtmitgliedsstand der freien Gewerkschaften wohl vorübergehend verringert, doch sie in ihren Grundfesten nicht erschüttert. Der Mitgliederzuwachs wird überwiegen sein, sobald die Krise beendet ist. Wie schwer die freien Gewerkschaften von der Krise und Arbeitslosigkeit befallen sind, zeigen die Unterstützungsausgaben für Arbeitslose. Die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände haben allein im Monat Dezember 1925 insgesamt 687 454 Schilling an ordentlichen und außerordentlichen Unterstühtungen für die Arbeitslosen ausgegeben. Diese Zahlen sprechen für die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und für das kraftvolle Bemühen der freien Gewerkschaften, ihren arbeitslosen Mitgliedern nach Möglichkeit zu helfen.

Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 1925 217 122,42 Schilling, die Gesamtausgaben 185 629,15 Schilling, so daß mit Ende 1925 ein Saldo von 31 503,27 Schilling verblieb. Die Zeitschrift der österreichischen Gewerkschaftskommission „Arbeit und Wirtschaft“ erforderte wieder einen erheblichen Zuschuß.

Herabsetzung des Staatsbeitrages zur Arbeitslosenversicherung in Großbritannien. Die britische Regierung hat einen Spargeheimenwurf eingebracht, welcher zur Verminderung der Erhöhung der Steuerlast eine Herabsetzung des Staatsbeitrages auf ein Mindestmaß vorsieht. Eine Bestimmung dieses Entwurfes bringt auch eine Herabsetzung der staatlichen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit sich. Dieser Beitrag, der gegenwärtig 6% d. für jeden männlichen Erwerbslosen beträgt, sollte auf Grund des Gesetzes von 1925 vom 1. April 1926 ab auf wöchentlich 8 d. für die männlichen Erwerbslosen und dementsprechend für die Frauen und jugendlichen Personen erhöht werden. Wenn die Arbeitslosigkeit langsam und stetig sinkt, hält es die Regierung für möglich, den Staatsbeitrag auf 6 d. herabzusetzen. Man glaubt, daß trotz dieser Verringerung der Bestand der Arbeitslosenliste hoch genug bleibt, um die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in ihrer jetzigen Höhe zu sichern. Am 1. März 1926 betrug die Zahl der Arbeitslosen 1 107 000.

Der Sparplan hat im Unterhause erklärt, die vorgeschlagene Sparmethode würde durch die Besserung der wirtschaftlichen Lage möglich, der Stand der Arbeitslosenliste sei ein besserer, als man im September vorigen Jahres gehofft habe.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in gemeinsamer Beratung mit Vertretern der englischen Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Landeszentralen die Aufnahme eines europäischen Darlehens für den Generatrat der englischen Gewerkschaften beschlossen und ein entsprechendes Rundschreiben an die angeschlossenen Verbände gerichtet.

Wirtschaft.

Die Höhe des Volkseinkommens. Die Frage nach der Höhe des Volkseinkommens ist keineswegs nur von theoretischer Bedeutung. Immer wieder hört man, daß der Steuerertrag des deutschen Volkes an Hand von Schätzungen des Gesamteinkommens zu ermitteln suchen. Der Reichsverband der deutschen Industrie bezifferte im Dezember vorigen Jahres dieses gesamte Volkseinkommen auf 43 bis 48 Milliarden Mark jährlich, erklärte daraufhin, daß die Wirtschaft mit Steuern und Sozialabgaben überlastet sei und machte ferner diese Schätzung zur Grundlage, seine Forderungen an die staatliche Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik. Der Unternehmerverband stellen in ihrer Denkschrift die Gewerkschaften „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ eine eigene Berechnung gegenüber. Nach sorgfältiger Begründung kamen sie zu dem Ergebnis, daß das deutsche Volkseinkommen zwischen 52 und 60 Milliarden Mark jährlich betrage. Daraus ergab sich zwangsläufig, daß die Steuerbelastung sich als verhältnismäßig nicht so hoch darstellte, wie es die Unternehmer angenommen hatten. Aus dieser Tatsache wiederum schöpften die Gewerkschaften die Begründung für ihre den Unternehmern entgegengelegten sozialpolitischen Forderungen sowie für ihre Vorschläge nach der Revision der Steuern und des öffentlichen Haushalts.

Das erste Vierteljahrsheft des Instituts für Konjunkturforschung, das dem Statistischen Reichsamt angegliedert ist, enthält nun nähere Mitteilungen über die amtlichen Verluste, das Volkseinkommen zu erreichen. Es heißt darin: „Nach Berechnungen, die im Statistischen Reichsamt angestellt worden sind, ergibt sich nach den Unterlagen der ersten neun Monate des Jahres 1925 eine Jahressumme, deren untere Grenze bei 50, deren obere bei 55 Milliarden Mark liegt. Um diese Zahlen richtig zu würdigen, ist verschiedenes zu berücksichtigen.

Die Einkommensberechnung baut sich auf dem Aufkommen aus dem Steuerabzug der Lohn- und Gehaltsempfänger auf, das zuzüglich des geschätzten Einkommens der Arbeitnehmer unter der Grenze des steuerfreien Existenzminimums auf 35 bis 37 Milliarden veranschlagt werden kann. Das Durchschnittseinkommen der übrigen Erwerbstätigen ist nach ihrem mutmaßlichen Lebensstand zu geschätzt. Für das Miet- und Zinseinkommen wurden besondere Schätzungen angestellt. Andere brauchbare Unterlagen stehen zurzeit für die Einkommensschätzung nicht zur Verfügung. Erst wenn die Ergebnisse der Einkommensstatistik und der Berufs- und Betriebszählung vorliegen werden sich neue Berechnungsmöglichkeiten bieten. Fürs erste aber müssen wir uns mit dieser — ohnehin rohen — Schätzung begnügen, haben aber noch zu fragen, ob sich der errechnete Betrag mit dem eigentlichen Volkseinkommen deckt, das aus dem Produkt unserer Arbeit besteht. Es wäre nämlich denkbar, daß das Einkommen zu einem Teil aus einer Vermögensänderung kam, wie es auch möglich ist, daß ein Teil des volkswirtschaftlichen Ertrags dabei nicht berücksichtigt wäre. In außerordentlich vielen Einzelfällen erleben wir fast täglich die Umwandlung von Vermögen in Einkommen, so z. B. wenn jemand zur Fristung seines Lebens Aktien oder andere Vermögenswerte verkauft. Zumeist handelt es sich dabei freilich nur um Vermögensverschiebungen, indem der Käufer den Gegenwert für die Vermögensstücke dem Verkäufer zur Verfügung stellt, der hierdurch in die Möglichkeit zu höherem Verbrauch versetzt wird. Dem Vermögensverlust beim Verkäufer steht hierbei letzten Endes immer eine Vermögensbildung beim Käufer gegenüber. Ganz anders verhält es sich aber, wenn die Käufe, in denen tatsächlich Vermögensübertrag in Kaufverträgen verwandelt wird. Dies kann namentlich durch Abschmelzen der Warenlager (soweit die Verhinderung der Lagerbestände nicht durch eine Rationalisierung des Warenverkehrs bedingt wurde), durch ungenügenden Ertrag für den Verkauf von Vermögenswerten ins Ausland und auch durch Verkauf von Auslandskrediten geschehen. Wie weit eine solche Substanzzerstörung im Jahre 1925 vor sich gegangen ist, läßt sich schwer absehen, zumal auf der anderen Seite ebenfalls zu veranschlagen ist, welche Anreicherung von Vermögen in Form von Warenwerten, Gold- und Devisenbeständen, betrieblichen Verbesserungen, neu geschaffenen Konsumeinrichtungen usw. den entsprechenden Verlusten gegenübersteht. Auch sind in der obigen Berechnung Teile des Einkommens nicht enthalten.

Als dies für und Wider teilte uns zu der vorläufigen Annahme eines volkswirtschaftlichen Einkommens von kaum über 50 Milliarden im Jahre 1925 zurück. Zumal noch in Betracht zu ziehen ist, daß die Schätzung lediglich auf den Ergebnissen für Januar bis September 1925 beruht, also nicht die

Krisenperiode vom Oktober 1925 ab umschließt; diese konnte nicht berücksichtigt werden, weil die entscheidenden Umänderungen, die in der geschätzten Grundlage des Lohnabzuges die Auswertung gerade der Zahlen für die Zeit von Oktober 1925 bis Februar 1926 erschweren.“

Vergleicht man dieses Ergebnis des Statistischen Reichsamts mit den Ergebnissen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, so besteht der letztere erhebliche Unrecht. Die Volkseinkommensschätzung des Reichsverbandes wurde zu einer Zeit bearbeitet, in der die wirtschaftliche Krise noch nicht stark in Erscheinung getreten war. Dennoch lag der Reichsverband einen Betrag von 48 Milliarden als das höchste an, was man als Volkseinkommen schätzen konnte. Das Statistische Reichsamt beziffert das Volkseinkommen zu mindesten auf 50 Milliarden, wenn es die Krise voll berücksichtigt. Die Mindestschätzung des Reichsverbandes bleibt mit 43 Milliarden um volle 7 Milliarden Mark hinter der reichsamtlichen Schätzung zurück. Die letztere nähert sich sehr stark den Beträgen, die die Gewerkschaften ihren wirtschaftlichen Forderungen zugrunde legen.

Das Statistische Reichsamt versucht auch zu ermitteln, wie unter Berücksichtigung der Preissteigerung das reale Einkommen des deutschen Volkes gestaltet. Hierzu stellt es fest: „Unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen Unterschätzung des Volkseinkommens aus der Vorkriegszeit und der Entwicklung der Bevölkerungszahl ergibt sich ein Rückgang des realen Volkseinkommens von 10 bis 15 Prozent wenn ein Geldwertungsindex von 140 Prozent angewandt wird.“

Das Statistische Reichsamt hat fraglos die weitaus ergiebigsten Unterlagen für seine Schätzungen und auch die besten Kontrollmöglichkeiten. Im Interesse einer Klärung der Frage wäre es sehr erwünscht, wenn das Reichsamt die Unterlagen seiner Schätzung der breitesten Öffentlichkeit zugänglich machen würde, was bisher nicht geschehen ist.

Jedenfalls kann man schon jetzt als sicher annehmen, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie mit seiner trostlosen Unterschätzung des deutschen Volkseinkommens und seiner Kaufkraft gründlich daneben gehauen hat. Das ist auch wichtig zur Beurteilung der Frage, ob bei einer umfassenden Verbilligung der Produktion und einem entsprechenden Preisabbau mit dem Anwachsen der Umsätze und zugleich mit erhöhter Beschäftigung gerechnet werden kann. Das ist nach der günstigeren Schätzung des Reichsamts sicherlich der Fall. Sogar der Unternehmer ist es nun, aus ihrem Irrtum die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und ihr Programm so umzugestalten, daß sie in ihren Betrieben und in ihrer Preisbildung mit der Arbeit an der Beschaffung besserer Marktverhältnisse beginnen, anstatt fortwährend an den Staat und die Arbeiter zu appellieren, daß diese ihre Forderungen einschränken.

Uns wird geschrieben: Angesichts der unverändert schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist für weite Teile der Bevölkerung das Kaufen von Fleisch eine Unmöglichkeit geworden. Soweit in Familien, deren Verdienner nun schon seit Monaten arbeitslos oder Kurzarbeiter sind, der Fleischgenuss überhaupt noch in Frage kommt, handelt es sich durchweg um das billigere Gefrierfleisch. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Gefrierfleisch-Einfuhrkontingente durchaus nicht genügen. Es ist deshalb erklärlich, daß die Forderung nach Erhöhung der Kontingente immer dringender wird. So ist eine Verteuerung der Städtevereinigung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Reichsernährungsministerium vorstellig geworden, um eine bessere Gefrierfleischbelieferung des Industriegebietes, wo sich die Wirtschaftskrise besonders scharf ausprägt, durchzuführen. Wie wir dazu erfahren, hat man auch eine Kommission gebildet, in der die Belange des Industrielandes auf dem Gebiet der Gefrierfleisch-Einfuhr erörtert werden sollen.

Miel Hoffnung, daß den Wünschen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Rechnung getragen wird, haben wir allerdings bei der einseitig agrarischen Einstellung gerade des Reichsernährungsministeriums nicht. So hat sich die ganze gegenwärtige Regelung der Einfuhr von Gefrierfleisch, wie von kompetenter Stelle schon öfter dargelegt worden ist, als Behinderung einer ausreichenden Ernährung der notleidenden Bevölkerung und als eine Verteuerung des Gefrierfleisches erwiesen, ohne daß das sogenannte Reichsernährungsministerium bis jetzt einen Finger gerührt hat, um dem Unfug zu steuern. Anscheinend ist man im Reichsernährungsministerium gewöhnt, erst dann berechnigte Wünsche zu berücksichtigen, wenn mit der Faust auf den Tisch geschlagen wird, wie das die Herren Großagrarien auf der Tagung des Landwirtschaftsrats in Darmstadt getan haben.

Der Faschismus protegirt die Rüstungsindustrie. Rom, 5. Juni (Eigener Drahtbericht.) Seit zwei Tagen ist in Italien eine gezielte Verordnung in Kraft getreten, durch die der Finanzminister ermächtigt wird, an die Rüstungsindustrie Kredite zu geringem Zinsfuß zu gewähren. An mehrere industrielle Unternehmungen wurden bereits Beträge in Höhe von 15 bis 35 Millionen Lire gewährt. Die Darlehen sollen 15 bis 35 Jahre laufen. Der Zinsfuß beträgt 5,5 Prozent.

Die Steinkohlenförderung Deutsch-Oberösterreichs wies in der Woche vom 24. bis 30. Mai, laut Fachblatt „Industrie-Kurier“, an 5 Arbeitstagen eine Gesamtförderung von 263 476 Tonnen (Vormo: 6 Arbeitstage 306 457 To.), bzw. von arbeitsmäßig im Durchschnitt 52 695 To. (51 076 To.) auf. Abgesetzt wurden: Innerhalb der Provinz Oberösterreich 76 032 To. (87 978 To.), nach dem übrigen Deutschland 153 087 To. (185 252 To.) und nach dem Ausland (Tschechoslowakei, Deutschösterreich, Ungarn, Dänemark und Jugoslawien) 12 037 To. (13 716 To.). Der Gesamtabfuhr ohne Selbstverbrauch und Deputate belief sich auf 241 156 To. (286 946 To.), wovon auf dem Wasserwege 34 877 To. (47 188 To.) verfrachtet wurden. Die Kohlenbestände erhöhten sich auf 146 693 To. (196 619 To.), die Koksbestände auf 183 218 To. (181 010 To.). Die Wagenstellung betrug insgesamt 22 669 (26 126) Wagen.

Winkler-Hofmann-Rauchhammer dividentenlos. Nach Abschreibung von 1,805 Millionen Reichsmark verbleibt ein Reingewinn von nur 110 580 Reichsmark, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Die Gesellschaft bleibt also auch für 1925 ohne Dividende.

Maizena Suppen
das Kraftmehl für Saucen
Gemüse

Hand- und Kopfarbeiter!
Dergest nicht, für eure Partei
und für eure Presse zu werden!